

Werk

Titel: Eine Art >Generalplan West. Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die P...

Autor: Schöttler, Peter

Ort: Bern

Jahr: 2003

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0018 | LOG_0061

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Peter Schöttler
Eine Art ›Generalplan West‹.
Die Stuckart-Denkschrift vom
14. Juni 1940 und die Planungen
für eine neue deutsch-französische
Grenze im Zweiten Weltkrieg

DER rasche Zusammenbruch der französischen Front im Frühsommer 1940 kam sogar für die deutsche Armee überraschend: Die »seltsame Niederlage« der französischen Republik (Marc Bloch) nahm ihren Lauf. Doch während die schnelle Besetzung Hollands und Belgiens schon vor dem Angriff »geplant« war, bedurfte die Sicherung des französischen Territoriums umfassender Verwaltungsmaßnahmen. Dabei konnte sich das deutsche Oberkommando (OKW) auf frühere Überlegungen und »Wunschlisten« stützen, musste aber auch Entwicklungen am Ort sowie die außenpolitische Gesamtkonstellation berücksichtigen. Vor allem zeigte sich, dass Hitler selbst keine festen Vorstellungen davon hatte, welche Rolle das besiegte Frankreich im weiteren Kriegsverlauf spielen sollte. Sollte es als Staat vollständig zerschlagen oder wenigstens solange geknebelt werden, bis auch England besiegt wäre? Oder sollte die französische Regierung für eine Zusammenarbeit, eine »Kollaboration« mit dem NS-Regime, ja vielleicht sogar für ein militärisches Bündnis gegen England gewonnen werden?

Bekanntlich hat sich Hitler weder für das eine noch das andere entschieden, auch wenn vieles für die These spricht, dass er sich nach einem »Endsieg« die Gelegenheit zur dauerhaften Vernichtung des »gefährlichsten Gegners« und »unerbittlichen Todfeindes des deutschen Volkes« nicht hätte entgehen lassen.¹

1 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1937, S. 699. Für weitere Belege siehe Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1966, S. 13 ff.

Doch zunächst ließ er sowohl das OKW als auch die Pétain-Regierung – und erst Recht die übrige Welt – weitgehend im Unklaren, so dass sich im Laufe des Krieges unterschiedliche, ja widersprüchliche Strategien abzulösen schienen. Deren gemeinsamer Nenner bestand allerdings stets aus einer Kombination von militärischer Ausdehnung, ökonomischer Ausbeutung und antisemitischer Verfolgung.

Frankreich wird zerstückelt

Als ein Symptom dieser strategischen Unklarheit lassen sich die verschiedenen Grenzlinien betrachten, die seit dem Sommer 1940 das französische Territorium durchzogen. Während die faktische Annexion von ›Elsaß-Lothringen‹ (oder auch der ostbelgischen Kantone um Eupen und Malmedy) als eine bloße Wiederherstellung der Zustände vor 1918 erschien, gaben vor allem die innerfranzösischen Grenzziehungen den Zeitgenossen Rätsel auf. Nach dem Waffenstillstand vom 22. Juni 1940² entstanden in der Tat mehrere völlig neue Grenzverläufe, die ganz Frankreich in ›Zonen‹ oder ›Gebiete‹ aufteilten, zwischen denen jeder Übergang streng kontrolliert und häufig gänzlich verboten wurde. Die wichtigste dieser Grenzen war die sogenannte ›Demarkationslinie‹, die das besetzte vom unbesetzten Frankreich hermetisch abriegelte.³ Sie begann in den Pyrenäen und zog sich von dort – der Küste entlang – östlich von Bordeaux, Angoulême und Poitiers nach Norden; südlich von Tours bog sie nach Osten ab, von wo sie, an Moulins und Chalons-sur-Saône vorbei, in der Nähe von Genf die Schweizer Grenze erreichte. Jenseits dieser Linie, die wie eine Staatsgrenze von Polizei und Armee befestigt und bewacht wurde, lag die sogenannte *zone libre*, die bis zur Befreiung von der Regierung in Vichy verwaltet wurde. Um diese Grenze zu übertreten, mußte man einen Passierschein beantragen, der nur privilegierten Bevölkerungsgruppen erteilt wurde. Juden, zum Beispiel, durften grundsätzlich nicht in die ›besetzte Zone‹ einreisen. Je nach politischer

2 Text in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. IX, Dok. 523, Frankfurt/M. 1962, S. 554–558; Hermann Böhme, Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg. Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940, Stuttgart 1966, S. 364–367.

3 Vgl. zuletzt Eric Alary, La ligne de démarcation 1940–1944, Paris 2003. Die Linie war ca. 1200 km lang und durchschnitt 13 Départements. Im unbesetzten Teil Frankreichs lagen 34 Départements, im besetzten 41.

Konstellation nutzten die deutschen Behörden die Ausgabe von Passierscheinen als Druckmittel gegenüber einzelnen Bürgern oder der Pétain-Regierung, die aus nationalen ebenso wie aus ökonomischen Gründen darum bemüht war, ein Auseinanderdriften der beiden Zonen zu verhindern.⁴ Daher wurde die illegale, meist nächtliche Überschreitung der Grenze und der ständige Schmuggel von Personen oder Gütern zu einer der ersten Formen des Widerstandes gegen das Besatzungsregime.

Neben dieser Linie, die Norden und Süden bzw. Küste und Inland trennte, gab es noch weitere Grenzen, die Frankreich durchzogen: Da war zum einen die Grenze, die *innerhalb* des besetzten Nordens zwei Departements umfaßte (*Nord* und *Pas-de-Calais*), welche nicht dem Militärbefehlshaber Frankreich, sondern seinem Brüsseler Pendant unterstellt waren. Außerdem gab es eine Zone im Südosten Frankreichs (inklusive Korsika), die von Vichy abgetrennt und durch Italien besetzt wurde. Die Bildung einer eigenen Militärverwaltung ›Belgien und Nordfrankreich‹ hatte sich zwar anfänglich aus der Kriegsentwicklung ergeben und ließ sich anschließend noch eine zeitlang mit der Vorbereitung des ›Unternehmens Seelöwe‹ begründen, doch schon den Zeitgenossen fiel auf, dass ausgerechnet der ›flämische‹ Teil Frankreichs abgetrennt und – zusammen mit Belgien – einer mehr oder weniger systematischen Germanisierungspolitik ausgesetzt wurde. Sollten diese Departements also ›annexionsreif‹ gemacht werden?⁵

Noch eine weitere Grenze gab Rätsel auf, weil sie am wenigsten militärische Bedeutung zu haben schien: die sogenannte ›Nord-Ost-Linie‹, die kurz nach dem Waffenstillstand eingeführt und anfangs ebenso scharf bewacht wurde wie die vier übrigen (Demarkationslinie, Grenze zu Nordfrankreich-Belgien, Grenze zu Elsaß-Lothringen, Grenze zur italienischen Zone): Sie begann an der Mündung der Somme in den Ärmelkanal und verlief am Nordrand des Pariser Beckens und der Champagne entlang bis zu den Argonnen; von dort bog sie nach Süden ab und durchquerte westlich der Franche-Comté die Bourgogne, wo sie auf die Demarkationslinie zur unbesetzten Zone stieß, mit der sie gemeinsam die Schweizer Grenze erreichte

4 Um sich eine vage Vorstellung vom Alltag an der Demarkationslinie und den Ungewissheiten dieser Passierscheinerteilung zu machen, erinnere man sich nur an die Passierschein-Politik der DDR oder – heute – an die Schikanen der israelischen Besatzer gegenüber den Palästinensern.

5 Vgl. zuletzt Etienne Dejonghe/Yves Le Maner, *Le Nord-Pas-de-Calais dans la main allemande*, Lille 1999.

(siehe Karte). Östlich dieser Grenze lagen zwei Sperrgebiete: die *zone interdite* und die *zone réservée*, deren Sinn und Zweck kaum je erläutert wurde. Handelte es sich nur um einen provisorischen Grenzgürtel zum besseren Schutz der *de facto* annektierten Gebiete (Elsaß, Lothringen, Luxemburg) sowie der möglicherweise zur Annexion vorgesehenen Gebiete (Belgien und ›Nordfrankreich‹)? Oder bereiteten die Deutschen damit eine Annexion des gesamten östlichen Frankreich vor? War dies etwa der Grund, warum die Nordostlinie auch ›Führer-Linie‹ genannt wurde?

Darüber ist schon damals viel spekuliert worden, und die französischen Vertreter bei der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden wurden nicht müde, gegen den geheimnisvollen Sonderstatus dieser Sperrzone zu protestieren.⁶ Auch Vichy war nämlich nicht verborgen geblieben, dass in den nördlichen und östlichen Grenzregionen, aus denen im Winter und Frühjahr 1940 Hunderttausende von Menschen evakuiert wurden (vor allem im Bereich der befestigten ›Maginot-Linie‹) oder vor dem Einmarsch der Deutschen geflohen waren, eine schleichende Transformation einsetzte: Da nur ein Teil der Flüchtlinge zurückkehren konnte, wollte oder durfte, standen Tausende von Dörfern und Bauernhöfen leer. Die Bergwerke drohten abzusaufen, die lothringische Stahlindustrie kam zum Erliegen. Die Besatzungsmacht wollte alles wieder in Gang bringen, die Rückkehr der Bevölkerung jedoch nach Kriterien ›völkischer‹ Homogenität kontrollieren. Die als ›deutsch‹ geltenden Elsässer und Lothringer wurden privilegiert, ja geradezu umworben und systematisch aus ihren Zufluchtsorten im französischen Südwesten zurückgeholt. Dagegen durften Bauern, die als ›französischstämmig‹ galten, nicht auf ihre Höfe zurück. Deren Verwaltung wurde statt dessen von einer deutschen Treuhandgesellschaft übernommen, die bereits in Polen aktiv war und den Namen ›Ostland‹ trug (ab 1942 hieß sie ›Reichsland‹).⁷ Eigenen

6 Vgl. La délégation française de la commission allemande d'armistice. Recueil de documents publié par le gouvernement français, 5 Bde., Paris 1947–1957; Bd. II, S. 535 ff.; III, S. 111; IV, S. 192 f., 348 ff., 386 f. Aus der regionalhistorischen Literatur siehe bes. Jean-Marie Fossier, *Zone interdite. Nord/Pas-de-Calais, mai 1940–mai 1945*, Paris 1977. Allg. zur Besatzungspolitik und Zerstückelung des Territoriums vgl. Marc Olivier Baruch, *Das Vichy-Regime. Frankreich 1940–1944*, Stuttgart 1999, S. 69 ff.; Rita Thalmann, *Gleichschaltung in Frankreich 1940–1944*, Hamburg 1999, S. 16 ff. Übrigens bezeichnet in vielen Darstellungen und Dokumenten das Wort ›zone interdite‹ meist das gesamte Sperrgebiet, einschließlich der ›zone réservée‹.

7 Vgl. Jacques Mièvre, *L'›Ostland‹ en France durant la seconde guerre mondiale. Une tentative de colonisation agraire allemande en zone interdite*, Nancy 1973.

Angaben zufolge bewirtschaftete sie 1941 etwa 8900 Güter und Höfe, wobei als Arbeitskräfte anfangs vor allem französische Kriegsgefangene, später polnische Zwangsarbeiter (»Umsiedler« aus dem Warthegau) und zeitweilig sogar jüdische Gefangene eingesetzt wurden.⁸ In dem zunächst als »zone réservée« bezeichneten Gebiet kam es außerdem ab Herbst 1940 auf Betreiben des saarpfälzischen Gauleiters Bürckel zu massenhaften »Abschiebungen« von Franzosen und zur schrittweisen Ansiedlung von »Volksdeutschen« – Ansätze einer »Germanisierung«, die schon von den Zeitgenossen mit der »völkischen Neuordnung« in Polen verglichen wurde.⁹

Eine Denkschrift verschwindet

Im Zusammenhang mit dieser eigentümlichen Nordostgrenze wird in der Forschungsliteratur – schon seit den fünfziger Jahren¹⁰ – immer wieder auf ein geheimes Dokument über die deutsch-französische Grenze verwiesen, von dem es in der Regel heißt, das es leider verschollen sei, weshalb sich sein Inhalt nur indirekt – aufgrund späterer Zeugenaussagen – erschließen lasse.¹¹ Hitler selbst habe die Anweisung erteilt, »in dieser ganzen Angelegenheit möglichst kein Papier entstehen zu lassen«.¹² Gemeint ist eine Denkschrift, die Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Reichsinnenministerium und

8 Ebenda, S. 75 ff. Siehe auch den nach dem Krieg verfassten (apologetischen) Bericht von [Bernhard] Wermke: Einsatz der Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung in Frankreich, S. 4.; Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg (BArch-MF), Kleine Erwerbungen, Nr. 560, Bl. 1–34. Wermke leitete die französische Abteilung der »Ostland«.

9 Vgl. Uwe Mai, Ländlicher Wiederaufbau in der »Westmark« im Zweiten Weltkrieg, Kaiserslautern 1993, S. 47 ff.; ders., »Rasse und Raum«. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn 2002, S. 295 ff. u. 320 ff. Zu den Verbindungen zwischen Germanisierungspolitik und Westforschung siehe demnächst Wolfgang Freund, Volk, Reich und Westgrenze: Wissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annektierten Lothringen 1925–1945, phil. Diss., Saarbrücken 2002 (im Druck). Zu den daraus resultierenden Konflikten mit der deutschen Besatzungspolitik vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 265 ff.

10 Vgl. Paul Kluge, Nationalsozialistische Europaideologie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955), S. 240–275, hier: S. 252.

11 Vgl. Jäckel (wie Anm. 1), S. 47, Anm. 4.

12 Zit. ebenda, S. 47, Anm. 4, sowie Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard 1968, S. 54.

zuständig für die Reichsverwaltung¹³, im Juni 1940 für Hitler ausarbeitete. In der bis heute vielzitierten Darstellung von Jäckel heißt es zum Beispiel, dass Hitler, als sich der Sieg im Westen abzeichnete, »den Staatssekretär im Innenministerium, Stuckart, [angewiesen habe], eine Ausarbeitung über die künftige deutsche Westgrenze vorzulegen. Sie verlief nach seinen eigenen Angaben von der Küste in Flandern über die Ardennen und die Argonnen bis zum Plateau von Langres und entsprach damit seiner wiederholt geäußerten Absicht, auf den Westfälischen Frieden von 1648 oder den spätmittelalterlichen Verlauf der Reichsgrenze zurückzugehen. Stuckart sollte einen geschichtlichen Überblick über die bisherige Entwicklung der Grenze im Westen geben und die Auswirkungen der projektierten Grenzverschiebung darlegen.«¹⁴ Da die vorgeschlagenen Annexionen dem Führer nicht weit genug gingen, mußte Stuckart die Denkschrift sogar noch einmal überarbeiten. Wie der zuständige Ministerialrat, Hans Globke, im Vorfeld der Nürnberger Prozesse berichtete, verlief die neue Grenze »etwa von der Mündung der Somme, ostwärts am Nordrand des Pariser Beckens und der Champagne entlang bis zu den Argonnen, bog dort nach Süden ab und ging weiter über Burgund und westlich der Franche-Comté bis zum Genfer See«.¹⁵ Tatsächlich lässt sich dieser vorgeschlagene Grenzverlauf anhand *einer* der von Stuckart beigelegten Karten, die sich in den Akten der deutsch-franzö-

13 Zur Rolle und Karriere von Wilhelm Stuckart (1902–1953), NSDAP-Mitglied seit 1922, SS-Mitglied seit 1936 (zuletzt Obergruppenführer), Teilnehmer der Wannsee-Konferenz und zuletzt Reichsinnenminister in der Regierung Dönitz, vgl. bes. Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945*, Stuttgart 1989, S. 105 ff.; ders., *Die Staatssekretäre im Reichsministerium des Innern 1933–1945*, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz*, München 1989, S. 260–274.

14 Jäckel (wie Anm. 1), S. 46 f.

15 Zit. ebenda, S. 47. Das Zitat entstammt der Vernehmung Globkes durch einen französischen Offizier am 13.10.1945 (Internationaler Militärgerichtshof [IMT], Bd. XXXVII, Nürnberg 1949, S. 222 f.). Im Plädoyer des stellvertretenden französischen Hauptanklägers, Edgar Faure, wurden 1946 diese Aussagen als Beweise für die deutschen Annexionspläne gegenüber Frankreich zitiert (ebenda, Bd. VI, S. 472). Bekanntlich wurde Globke (1898–1973) später Adenauers Intimus und Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. John P. Teschke, *Hitler's Legacy. West Germany Confronts the Aftermath of the Third Reich*, Bern u. a. 1999, S. 173 ff.

sischen Waffenstillstandskommission erhalten hat¹⁶, genau verfolgen: Er stimmt weitgehend mit der realisierten Nordostlinie überein.¹⁷

In der parallel zu Jäckel publizierten Darstellung von Hermann Böhme, der 1940 als Chef des Stabes der Waffenstillstandskommission die Stuckart-Denkschrift selbst gelesen hatte, wird dieses Bild bestätigt. Böhme erinnert sich, dass die »sehr umfängliche« Denkschrift, die »in ängstlicher Absicherung vor dem Auswärtigen Amt und den anderen Reichsressorts« entstanden sei, ihre Annexionsvorschläge damit begründete, dass die nördlichen und östlichen Teile Frankreichs sowohl historisch wie geographisch »nicht zu West-, sondern zu Mitteleuropa und damit zum Reich gehörten«.¹⁸ Bis auf kleine Korrekturen, die »aus Gründen der einfacheren Überwachung« vorgenommen wurden, habe sich die von Stuckart – auf Anweisung Hitlers – vorgezeichnete Grenze mit der »Nordostlinie« gedeckt.¹⁹

Alle späteren Untersuchungen zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik im Westen – Umbreit (1968), de Jonghe (1972), Kettenacker (1973), Wagner (1974) usw. – haben sich hinsichtlich der geheimen Denkschrift im wesentlichen auf Jäckel und Böhme gestützt: Das Dokument selbst blieb dagegen verschollen.²⁰ Noch 1988 sprach Umbreit im Rahmen der

16 Umbreit zufolge handelt es sich »vermutlich um eine Kopie, die sich die [Waffenstillstands-]Kommission für ihre Zwecke anfertigte« (ders., Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5, Teil 1, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1988, S. 129, Anm. 488). Die Originalkarten wurden aus Geheimhaltungsgründen nach Berlin zurückgeschickt.

17 BArch-MF, RW 34/v.9. Vgl. auch Jäckel (wie Anm. 1), S. 47, Anm. 8. Diese Karte liegt auch der bei Umbreit, Kontinentalherrschaft (wie Anm. 16), S. 66, veröffentlichten Abbildung zugrunde. Vgl. außerdem Robert Specklin, La frontière franco-allemande dans les projets d'Adolf Hitler, in: Recherches géographiques à Strasbourg, H. 24, 1986, S. 5–26 (S. 25); Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die »Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften« 1931–1945, Baden-Baden 1999, S. 710 (nach Specklin).

18 Böhme (wie Anm. 2), S. 250 u. 259.

19 Ebenda, S. 260.

20 Umbreit, Militärbefehlshaber (wie Anm. 12), S. 54 u. 73–77; Albert de Jonghe, Hitler en het politieke lot van België (1940–1944). De vestiging van een zivilvervalting in België en Noord-Frankrijk, Bd. 1, Antwerpen 1972, S. 49; Lothar Kettenacker, Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Stuttgart 1973, S. 296; Wilfried Wagner, Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges, Boppard 1974, S. 172; Hans Umbreit, Der Kampf um die Vormachtstellung in Westeuropa, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 322. Vgl. auch Rebutisch, Führerstaat und Verwaltung (wie Anm. 13), S. 214f.

vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt veröffentlichen Kriegs- und Okkupationsgeschichte von »Stuckarts bisher nicht aufgefundene[r] Ausarbeitung«.²¹

Nachdem schon Kettenacker als erster die Vermutung geäußert hatte, dass sich die von Stuckart projektierte Neuregelung der Westgrenze auf wissenschaftliche Vorarbeiten der sogenannten *Westdeutschen Forschungsgemeinschaft* (WFG) gestützt haben könnte²², haben sich in den 1990er Jahren vor allem Wissenschaftshistoriker für die Denkschrift interessiert. Denn mit ihrer Hilfe ließ sich möglicherweise ein Zusammenhang nachweisen zwischen den »völkischen« Wissenschaftsprojekten und der historisch-geographischen Grenzforschung der 20er und 30er Jahre – siehe etwa das große *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums* (3 Bde., 1933–1941) –, und der konkreten Annexionspolitik während des Krieges. Aber auch Karen Schönwälder konnte in ihrer Studie über die deutschen Historiker und die NS-Außenpolitik das Rätsel nicht lösen.²³ Einige Jahre zuvor hatte der französische Geograph Robert Specklin an entlegener Stelle fast einen ganzen Aufsatz der verlorenen Denkschrift gewidmet, wobei er – noch vor Umbreit – die in den Akten der Waffenstillstandskommission erhaltene Karte veröffentlichte.²⁴ Schließlich hat dann Michael Fahlbusch, unter Berufung auf Specklin, das Geheimnis der Denkschrift dadurch zu lüften gemeint, dass er den Freiburger Geographen Friedrich Metz²⁵ zu ihrem wahren Verfasser erklärte.²⁶ Vielleicht sei das Papier aber auch aus mehreren Texten von Metz zusammengestellt worden.²⁷ Auf jeden Fall hätten Stuckart und Hitler Metzens Vorschläge für eine neue Westgrenze übernommen und »zum Dogma« erhoben.²⁸

21 Umbreit, *Kontinentalherrschaft* (wie Anm. 16), S. 129, Anm. 488.

22 Kettenacker (wie Anm. 20), S. 51 u. 296.

23 Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt/New York 1992, S. 175 u. 348.

24 Specklin (wie Anm. 17), S. 9 ff.

25 Zu Metz vgl. Anm. 45.

26 Fahlbusch (wie Anm. 17), S. 474. Zu dieser Hypothese siehe weiter unten.

27 Ebenda, S. 708.

28 Ebenda, S. 711.

...und taucht wieder auf

Im Nachhinein muten alle diese Spekulationen und die jahrzehntelange Suche nach dem verlorenen Dokument etwas kurios an. Selbst die gewissenhaftesten Forscher lesen die Sekundärliteratur eben nicht immer mit der nötigen Sorgfalt. Allzu häufig verhalten wir uns wie die Polizei in Poes berühmter Novelle und übersehen den »gestohlenen Brief«, obwohl er für jeden sichtbar an der Wand hängt. So war auch die ominöse Denkschrift in Wahrheit keineswegs verloren, sondern lediglich an ungewöhnlicher Stelle archiviert – und im wesentlichen sogar seit 1962 gedruckt! Jäckel, Böhme und all die anderen hätten sie also längst lesen können. Außerdem gab es seit einigen Jahren Hinweise auf den Fundort, die jedoch niemand beachtete. So veröffentlichte 1990 der inzwischen verstorbene DDR-Historiker Ludwig Nestler in seiner in der Reihe *Europa unterm Hakenkreuz* erschienenen Dokumentation einen längeren Auszug – mit genauer Quellenangabe.²⁹ Auch der Verfasser dieser Zeilen zitierte 1997 aus der Denkschrift³⁰, wobei er als Quellen sowohl Nestler als auch jenes Buch angab, in dem der Text erstmals gedruckt wurde, nämlich die Memoiren des englischen Journalisten Sefton Delmer: *Die Deutschen und ich*.³¹ Diese Memoiren führten ihn auf die Spuren des Manuskripts, das wir im folgenden publizieren.

Sefton (genannt: Tom) Delmer (1904–1979) war einer der bekanntesten Reporter der englischen Boulevardzeitung *Daily Express*. Er hatte einen Teil seiner Kindheit in Berlin verbracht und war deshalb zweisprachig. Als Deutschland-Korrespondent lernte er in den 20er und 30er Jahren Hitler und andere Nazigrößen persönlich kennen, begleitete sie auf Reisen, führte zahlreiche Interviews. Während des Krieges arbeitete er für den britischen Geheimdienst und gründete den »Soldatensender Calais«. 1946 kam er wieder nach Berlin, und bei einem Streifzug durch die zerbombte Reichkanzlei bot ihm ein »alter Berliner Bauarbeiter, der dort den Schutt wegräumte, [...] ein Dokument an, das er gefunden und weggesteckt hatte. »Wat ganz extra Feines!« erklärte er. »Für'n Päckchen englische Zigaretten können se'

29 Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Friedel Schulz (Hg.), *Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940–1944)* (= *Europa unterm Hakenkreuz* Bd. 3), Berlin 1990, S. 111–113.

30 Peter Schöttler, *Die historische »Westforschung« zwischen »Abwehrkampf« und territorialer Offensive*, in: ders. (Hg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt/Main 1997, S. 215 f. und 245.

31 Sefton Delmer, *Die Deutschen und ich*, Hamburg 1962, S. 768–790.

ham.«³² Nachdem Delmer einen Blick auf das verschmutzte Manuskript geworfen hatte, reichte er dem Mann sofort *zwei* Schachteln: »Denn das Dokument, das das Datum vom 14. Juni 1940 trug, war nichts Geringeres als der 39 Seiten starke für den Führer vorbereitete Entwurf, in dem alle Gebietsabtretungen aufgeführt wurden, die man am Ende des Krieges von dem besiegten Frankreich zu fordern gedachte. Diesem Plan zufolge sollte Frankreich die Kanalküste bis nach Calais und das gesamte Industriegebiet im Nordosten abtreten sowie einen langen Streifen im Südosten bis zur Schweizer Grenze. Das Dokument, das mit den besonders großen Spezialtypen für die ermüdeten Augen des Führers geschrieben war, trug die Unterschrift von Dr. Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Ministerium des Innern.«³³

Für Delmer war die Denkschrift zunächst nur eine Trophäe, die er aus dem besiegten Berlin zurückbrachte. Ein paar Jahre später schenkte er sie seinem Verleger, Lord Beaverbrook, zum 80. Geburtstag.³⁴ Doch um 1960 wurde die internationale Öffentlichkeit – nicht zuletzt aufgrund einer Kampagne der DDR – auf die NS-Vergangenheit des zum Adenauer-Intimus aufgestiegenen Globke aufmerksam.³⁵ Neben Globkes Mitwirkung an den Nürnberger Rassegesetzen und anderen Unterdrückungsmaßnahmen spielte dabei seine Mitarbeit an den Annexionsplänen im Westen eine Rolle.³⁶ Wohl deshalb veröffentlichte Delmer im Anhang seiner Memoiren die seinerzeit in Berlin erworbene Denkschrift³⁷, wobei sein Verleger, Henri Nannen, den Bonner Staatssekretär zuvor noch um eine Stellungnahme bat. Globke antwortete sofort, aber – wie immer – ausweichend: Zwar treffe es zu, dass er »im Geschäftsbereich des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung« für den Friedensvertrag mit Frankreich zuständig gewesen sei, doch diese Aufgabe sei ihm erst »Anfang Juli 1940« übertragen worden. Auch

32 Ebenda, S. 667.

33 Ebenda.

34 Ebenda. Zur Biographie von William Maxwell Aitken (1879–1964), der 1918 geadelt wurde, vgl. Anne Chisholm/Michael Davie, Lord Beaverbrook. A Life, New York 1992.

35 Vgl. Norbert Jacobs, Der Streit um Dr. Hans Globke in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1973, phil. Diss., Bonn 1992.

36 Vgl. etwa: Globke und die Ausrottung der Juden. Über die verbrecherische Vergangenheit des Staatssekretärs im Amt des Bundeskanzlers Adenauer, hg. vom Ausschuss für Deutsche Einheit, Berlin 1960; Globke, der Bürokrat des Todes. Eine Dokumentation über die Blutschuld des höchsten Bonner Staatsbeamten bei der Ausrottung der Juden [dreisprachig], hg. vom Ausschuss für Deutsche Einheit, Berlin 1962, sowie bes. Reinhard-M. Strecker (Hg.), Dr. Hans Globke. Aktenauszüge. Dokumente, Hamburg 1961, S. 236–240.

37 Delmer besaß zu diesem Zeitpunkt nicht mehr das Original, sondern stützte sich auf eine Fotokopie, die er sich hatte machen lassen (Delmer, wie Anm. 31, S. 790).

habe es im Reichsinnenministerium noch »einen anderen Referenten« für denselben Bereich gegeben. Ferner sei es zwar richtig, »daß mir wie vielen anderen Beamten des Reichsministerium des Innern bekannt war, daß Hitler persönlich Staatssekretär Stuckart den Auftrag erteilt hat, eine Aufzeichnung über die Grenzziehung zwischen Deutschland und Frankreich zu machen. Nach Mitteilung von Staatssekretär Stuckart hat Hitler dabei den Verlauf der Grenze selbst bestimmt. Meines Erachtens sind aber diese utopischen Pläne schon damals von niemandem außer von Hitler ernstgenommen worden.« Im übrigen lasse sich allein schon aus der Datierung der Denkschrift »ersuchen«, dass er damit nichts zu tun gehabt habe.³⁸ Dies war natürlich, wie wir noch sehen werden, eine äußerst wacklige Behauptung, denn schon vor dem 1. Juli war Globke im Innenministerium für »Westfragen« zuständig gewesen. Die Ausrede diene offenbar dem Zweck, angesichts des unmittelbar bevorstehenden deutsch-französischen Freundschaftsvertrages – im Januar 1963 leisteten Adenauer und de Gaulle ihre Unterschriften – jede Mitverantwortung eines hohen Bonner Beamten für die Annexionsplanungen von 1940 abzustreiten.

Nach der Lektüre von Delmers Memoiren war es nicht sonderlich schwer, das Originaldokument wiederzufinden. Der Autor selbst hatte die »Bonar Law-Bennett-Bibliothek in der Universität von New Brunswick« als Aufbewahrungsort genannt.³⁹ Auch wenn sich der Name der Bibliothek inzwischen geändert hat, genügte ein Blick ins Verzeichnis nordamerikanischer Bibliotheken und ein Brief, um fündig zu werden. Lord Beaverbrook vermachte in der Tat seine Papiere der Universität seines Heimatstaates New Brunswick in Fredericton N.B., wo sie heute in der *Harriet Irving Library* zugänglich sind. Von dort erhielt ich eine Fotokopie sowie eine genaue Beschreibung des Dokuments.⁴⁰ Aus beidem ergibt sich, dass es sich nicht um

38 Brief Globkes an den Nannen-Verlag v. 20.9.1962, abgedruckt in: Delmer (wie Anm. 31), S. 791; vgl. auch ebenda, S. 767.

39 Ebenda.

40 Diese Beschreibung der äußeren Beschaffenheit durch die Universitätsarchivarin Mary Flagg lautet wie folgt: »The document is bound in black buckram and the cover measures 30 cm × 21 cm. There are three end papers before the text. These pages do not have watermarks. [...] The titel is very dirty and the paper is pitted near the bottom as if sand or gravel had been ground into it. At the lower right is a stain which continues along the edge of the document to the last page where it is more severe. The paper measures 29,5 cm × 20,5 cm and has the same watermark throughout: J. W. ZANDERS B. GLADBACH NORMAL 3 BEHÖRDENEIGENTUM. [...] In the original, page 35 was bound after page 23.« Brief an den Verfasser v. 1.5.1995.

eine der Abschriften handelt, die im Lauf des Sommers 1940 an ausgewählte Personen oder Behörden (Göring, Himmler, das OKW, die Waffenstillstandskommission usw.) geschickt wurden. Denn das Dokument enthält keinerlei Paraphen oder Vermerke.⁴¹ Vielmehr haben wir es offensichtlich mit dem von Stuckart unterzeichneten Original zu tun, das – in schwarzes Leinen gebunden – Hitler persönlich vorlag und anschließend in der Reichskanzlei unter Verschluss blieb. Daher ist anzunehmen, dass die roten Bleistiftunterstreichungen, die in unserer Edition entsprechend gekennzeichnet sind, von Hitler selbst stammen.

Hypothesen zur Lektüre

Da nun die Denkschrift identifiziert ist, ergeben sich sofort viele Fragen: Worauf zielte sie? Mit welchen Argumenten? Und inwieweit entsprach das darin entworfene Programm den bislang bekannten Strategien der NS-Politik? Schließlich: Gibt es konkrete Hinweise auf den wahren Verfasser? Im folgenden kann auf diese und andere Fragen natürlich nur kurz und skizzenhaft eingegangen werden. Auch lassen sich nach wie vor eher Hypothesen formulieren als gesicherte Erkenntnisse. Doch der Zweck unserer Edition wäre schon erreicht, wenn das Dokument in der Forschung künftig nicht mehr als Mythos evoziert, sondern als reale und vielschichtige Quelle berücksichtigt würde.

Wie viele Denkschriften des ›Dritten Reiches‹, die sich in den Archiven erhalten haben, ist auch diese bemerkenswert ausführlich und nüchtern geschrieben.⁴² Die Argumentation ist gleichermaßen grundsätzlich und konkret, bis hin zur akribischen Beschreibung des vorgeschlagenen Grenzverlaufs, weshalb sich der Verlust der Karten verschmerzen lässt. Alle »abzutrennenden« (S. 28) Landschaften und Industrien, Städte und Städtchen, Wasserstraßen und Eisenbahnlinien werden genau aufgezählt. Dabei geht es um einen Raum von circa 50 000 Quadratkilometern – was etwa der Größe des heutigen Niedersachsen mit Hamburg und Bremen entspricht –, in dem

41 Globkes Versicherung von 1945, »alle diese Akten sind vernichtet worden« (IMT, Bd. XXXVII, S. 218), würde sich insofern als zutreffend erweisen. Er konnte ja nicht wissen, dass ausgerechnet das Original Exemplar des ›Führers‹ in der Reichskanzlei überdauert hatte.

42 Im folgenden verweisen alle im Text angeführten Seitenzahlen auf die Originalpaginierung der Stuckart-Denkschrift, die in unserer Edition jeweils durch Querbalken // angegeben wird.

vor dem Krieg über sieben Millionen Menschen wohnten. Die meisten von ihnen sollten »ausgesiedelt« werden (S. 25). Was sich wie eine sachliche Abhandlung präsentiert, erweist also bei näherem Hinsehen als der Entwurf zu einem Plan, der in letzter Konsequenz ganz Frankreich verändert, ja zerstört hätte.

Das große strategische Ziel, den Erbfeind »entscheidend« zu schwächen (S. 12) und ein für allemal auf seine spätmittelalterlichen Grenzen – vor dem Westfälischen Frieden von 1648 – zu reduzieren, wird gleich am Anfang als legitime Antwort auf die französischen Kriegsziele eingeführt. Die »neue Grenze« müsse sich sowohl an den natürlichen als auch an den völkischen, ökonomischen und militärischen »Gegebenheiten« orientieren (S. 1). »Gleichzeitig« bedeute sie eine neue »Abgrenzung von Mittel- und Westeuropa« (S. 1). In fünf Kapiteln werden diese Gesichtspunkte Schritt für Schritt ausgeführt. Dabei stützt sich der Autor ausdrücklich auf die Forschungen und Thesen – und wohl auch auf das Kartenmaterial – der sogenannten »Westforschung«, die seit den 20er und 30er Jahren vor allem an den rheinischen Universitäten die deutsche Grenzgeschichte gegenüber Frankreich, Belgien und Holland untersucht und propagandistisch aufbereitet hat.⁴³ Gleich zu Beginn werden einige Autoritäten genannt: die Geographen Otto Schlüter (Jena)⁴⁴ und Friedrich Metz (Freiburg)⁴⁵ sowie die Histo-

43 Vgl. Schöttler, Westforschung (wie Anm. 30). Aus der älteren Literatur siehe bes. Kettenacker (wie Anm. 20), S. 45 ff., und Schönwälder (wie Anm. 23). Auch das oben zit. Buch von Fahlbusch (wie Anm. 17) enthält reiches Material. Die Arbeit von Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993, beschränkt sich auf die Auswertung gedruckter Materialien und leidet unter einer fragwürdigen, schon im Untertitel vorgegebenen These. Ein neuer, umfangreicher Sammelband mit dem Titel: Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), hg. von Burkhard Dietz u. a., 2 Bde., Münster 2003, enthält zwar eine Reihe interessanter Beiträge, doch »Frankreich« wird von den Hg. explizit ausgeklammert (vgl. meine Rezension unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=2560>).

44 Otto Schlüter (1872–1959) war seit 1911 Professor für Geographie an der Universität Halle und galt als einer der Begründer der modernen Siedlungsgeographie. In den 20er Jahren veröffentlichte er mehrere Aufsätze zum Rheinland. Vgl. z. B.: Das Rheingebiet und seine geographische Stellung, in: Friedrich Metz (Hg.), Probleme des deutschen Westens, Berlin 1929, S. 30–46 (= Rheinische Schicksalsfragen, Heft 27/28). Schlüter war aber kein »Westforscher« im engeren Sinne.

45 Friedrich Metz (1890–1969), seit 1935 Professor für Geographie an der Universität Freiburg im Breisgau (1936–1938 auch Rektor). Seit Kriegsbeginn kommissarischer Vorsitzender der WFG, im Oktober 1940 auch offiziell zum Vorsitzenden ernannt. Schon in

riker Franz Steinbach (Bonn)⁴⁶ und Karl Linnebach (Potsdam)⁴⁷ (S. 3). Ein paar Seiten weiter werden noch einmal Steinbach und Franz Petri (Köln)⁴⁸ zitiert (S. 13/14). Auffällig ist dabei die Eingangsthese, dass es in der Natur »seltener Grenzlinien [...] als vielmehr Grenzräume« gebe, weshalb die neue deutsch-französische »Grenzziehung nach länderkundlichen Grundsätzen erfolgen« müsse (S. 1/2). Indirekt wird damit gesagt, dass die früher dominanten Gesichtspunkte der Diplomatie- und Militärgeschichte jetzt durch

den 20er Jahren hatte an der Leipziger »Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung« und am »Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums« mitgearbeitet. Bis zu seinem Tod war er ein unbeirrbarer Westforscher und Anhänger der »Einheit der Oberrheinlande«, worunter er eine Verschmelzung von Baden und Elsaß verstand. Siehe bes. seine Habilitationsschrift: *Die Oberrheinlande*, Breslau 1925, und seine Aufsätze: *Land und Leute. Gesammelte Beiträge zur deutschen Landes- und Volksforschung*, hg. v. Emil Meynen u. Rudhardt Oehme, Stuttgart 1961. Zur Biographie vgl. Mechthild Rössler, *Die Geographie an der Universität Freiburg 1933–1945*, in: *Geographie im Nationalsozialismus*, Kassel 1989 (= *Urbs et Regio* Bd. 51), S. 77–152, sowie Fahlbusch (wie Anm. 17), S. 360 ff.

46 Franz Steinbach (1895–1964) war seit 1928 Professor und Direktor des Instituts für die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn. Bis 1938 Vorsitzender der WFG, deren antifranzösische und antibelgische Ausrichtung er wesentlich prägte. Er förderte nachhaltig die Forschungen von Franz Petri. Von seinen zahlreichen Publikationen vgl. bes. seine »Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte« (Jena 1926) sowie die Broschüre »Zur Grundlegung der europäischen Einheit durch die Franken« (Leipzig 1939; gemeinsam mit Franz Petri). Vgl. außerdem: *Collectanea Franz Steinbach. Aufsätze und Abhandlungen zur Verfassungs-, Sozial-, und Wirtschaftsgeschichte, geschichtlichen Landeskunde und Kulturraumforschung*, hg. v. Franz Petri u. Georg Droege, Bonn 1967. Zu Steinbachs Engagement in der Westforschung vgl. Schöttler, *Westforschung* (wie Anm. 30), S. 210 ff.

47 Von Karl Linnebach (1879–?) ist bislang wenig bekannt. Er war Oberregierungsrat und Archivar am Reichsarchiv in Potsdam. Seine Publikationen betreffen einerseits die preußische Militärgeschichte (Scharnhorst, Clausewitz u. a.), andererseits den »Kampf um den Rhein« (vgl. unten Anm. 74).

48 Franz Petri (1903–1993), ein Schüler von Dietrich Schäfer, hatte sich bei Steinbach in Bonn mit einer umfangreichen Arbeit über das »Germanische Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich« habilitiert (2 Bde., Bonn 1937; 2. Aufl. 1942), die vielfach als Legitimation deutscher Gebietsansprüche gegenüber Belgien und Frankreich gelesen wurde (vgl. unten Anm. 54). Während des Krieges leitete er die Kulturabteilung der Militärverwaltung in Brüssel; 1941 wurde er außerdem zum Professor an der Universität Köln ernannt. Vgl. Schöttler, *Westforschung* (wie Anm. 30), S. 216 ff.; ders., *Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte – oder die »unhörbare Stimme des Blutes«*, in: Winfried Schulze / Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main 1999, S. 93 ff.; Karl Ditt, *Die Politisierung der Kulturraumforschung im Dritten Reich. Das Beispiel Franz Petri*, in: *Griff nach dem Westen* (wie Anm. 43), S. 927–944.

völkische Aspekte zu ersetzen oder zu ergänzen seien, wie sie die ›Landeskunde‹ und ›Volksgeschichte‹ der 30er Jahre erarbeitet habe. *Ihren* Kriterien soll der vorgeschlagene Grenzverlauf offenbar entsprechen.

Doch eine solche ›interne‹ Lektüre würde von der Entstehung und dem Adressaten der Denkschrift völlig abstrahieren. Meines Erachtens muss man sich die logische – und auch chronologische – Reihenfolge genau andersherum denken: Zunächst war es Hitler, der im Mai 1940 das Prinzip der neuen Grenze verkündete (Rückkehr zur mittelalterlichen Reichsgrenze) und die von ihm gewünschte Linie in eine Karte einzeichnete.⁴⁹ Erst anschließend stellten Stuckart und seine Beamten die Argumente zusammen, mit denen sich diese Linie begründen ließ, wobei Hitlers Vorgaben nur noch konkretisiert und den örtlichen Bedingungen angepasst wurden. Einige Wochen später, nach dem Waffenstillstand, wurde dann mit der Realisierung begonnen. Denn die von Hitler gewünschte und in der Denkschrift begründete Grenze entsprach ja im wesentlichen der ›Nordostlinie‹. Dass letztere zunächst keine völkerrechtliche Verankerung und auch keinen dauerhaften Bestand hatte – in der Nacht vom 17. auf den 18. Dezember 1941 wurden die Wachkommandos abgezogen –, sollte Historiker nicht zur nachträglichen Verharmlosung verleiten. Im Gegenteil: Anderthalb Jahre lang setzte Hitler – gegen den Willen vieler Militärs – die Aufrechterhaltung dieser neuen, scheinbar »utopischen« (Globke)⁵⁰ Westgrenze durch.

Wenn diese Interpretation zutrifft, verändert das unseren Blick auf das Dokument: Man wird diesen Text dann nicht mehr als einen Versuch lesen, dem ›Führer‹ die Ziele einiger nationalsozialistischer ›Volkswissenschaftler‹ nahezubringen oder gar unterzuschieben, die damit zu ›Beratern der Macht‹ aufgestiegen wären (›Meinungsführer des Führers‹); vielmehr hätte Hitler das Heft in der Hand behalten und die ›Westforscher‹ hätten ihm lediglich

49 Vgl. IMT, Bd. 28, S. 431; Diensttagebuch des Chefs des Wehrmachtsführungsstabes im OKW, Jodl, v. 20.5.1940: »Der Führer ist außer sich vor Freude. Spricht im Worten höchster Anerkennung vom deutschen Heer und seiner Führung. Befaßt sich mit Friedensvertrag, der nur lauten soll, Rückgabe des seit 400 Jahren dem deutschen Volk geraubten Gebietes und sonstiger Werte«.

50 Das schillernde Wort ›Utopie‹ wirkt im Mund ehemaliger Mitwirkender immer etwas verharmlosend, ja apologetisch. Denn es ist nie auszuschließen, dass die Betreffenden vor 1945 mit Eifer an der Realisierung jener Utopie gearbeitet haben. Auch die ›Endlösung der Judenfrage‹ war zuallererst eine ›Utopie‹. Vgl. Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen: Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«, in: ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbek 1991, S. 184–232.

eine pseudo-wissenschaftliche Legitimation, eine Art rationales Supplement für seine Politik geliefert.⁵¹ Nicht die Denkschrift hätte Hitler beeinflusst, sondern Stuckart hätte den Text und die Karten genau so anfertigen lassen, dass Hitler damit zufrieden war. Die geographische und historische Herleitung, die volks- und rassenkundlichen Argumente, die Kritik am traditionellen Konzept der Sprachgrenze – das ja einer Annexion nichtdeutscher Territorien widersprach⁵² – sowie die im Kontext des Krieges besonders wichtigen militärischen und ökonomischen Gesichtspunkte wurden von vornherein so zusammengestellt, dass sie Hitler gefielen: In nüchterner Sprache und mit allerlei Details wurden dem ›Führer‹ seine eigenen vagen Vorstellungen von deutsch-französischer Geschichte und Geographie bestätigt und seine politischen Wünsche in ein scheinbar realistisches Programm übersetzt. Auf dieser Basis konnte er dann entscheiden – oder auch nur: eine *halbe* Entscheidung treffen, nämlich die Errichtung der Nordostgrenze, und alles weitere auf später verschieben.⁵³

Auch wenn die ›Westforscher‹ damit eher in der Rolle von Zuarbeitern denn als ›Vordenker‹ erscheinen, erinnert vieles in diesem Dokument an ihre Schriften: So beruhten sowohl die landeskundliche Skizze als auch das Zahlenmaterial vermutlich auf Vorarbeiten von Metz. Die Ausführungen zur mittelalterlichen Reichs- und Sprachgrenze stützen sich auf die Forschungen der ›Bonner Schule‹ (Hermann Aubin, Theodor Frings, Franz Stein-

51 Vgl. Schöttler, Geschichtsschreibung (wie Anm. 30), S. 17.

52 Dieser Widerspruch wird besonders deutlich, wenn man die Stuckart-Denkschrift mit einem etwa gleichzeitig verfassten Papier von Franz Steinbach vergleicht. Obwohl Steinbach als Historiker zwischen Sprach- und Siedlungsgrenzen unterschied, plädierte er im Krieg gegen weitreichende Annexionen und Umsiedlungen. Begründung: »Die Übertragung der gewaltigen völkischen Umsiedlungsvorgänge des Ostens auf den alten Kulturboden des Westens halte ich für unmöglich. Sie würde[n] jedenfalls hier mit sehr viel größeren Schwierigkeiten zu rechnen haben als im Osten. Unsere zukünftigen Grenzsetzungen im Westen müssen der Welt beweisen, dass Deutschland seine universale Sendung nicht in der Unterjochung fremder Völker erkennt, sondern in ihrer Führung und in der [...] Sicherung aller völkischen Lebensrechte seines Machtbereiches gegen englischen Imperialismus und französische Assimilierungspolitik.« Denkschrift o. Titel, S. 9; Archiv des Instituts für die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, Bonn. Ich danke Frau Dr. Marlene Nikolay-Panter für die Überlassung einer Kopie.

53 Bekanntlich war dieses ›Aufschieben‹ formeller Entscheidungen nicht nur für den ›Führer‹, sondern für die nazistische Okkupationspolitik insgesamt typisch. Vgl. Werner Röhr, Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Reihe ›Europa unterm Hakenkreuz‹, in: ders. (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen, Register, Heidelberg 1996, S. 304 ff.

bach usw.). Besonders ausführlich wird die von Steinbach und Petri vertretene These referiert, dass die deutsch-französische Sprachgrenze der Gegenwart keine fränkische Siedlungsgrenze, sondern eine »spätere Ausgleichsgrenze zwischen germanischen und romanischen Sprach- und Kulturströmen« sei. Petris Habilitationsschrift über das *Germanische Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich* wird sogar mit vollem Titel als entscheidendes Beweisstück angeführt (S. 14). Wie bekannt, hat sich Hitler im Mai 1942 noch einmal auf dieses Buch berufen, um die neuen Grenzen im Westen zu begründen: »Wenn wir die Rückgabe irgendeines Gebietes mit vollem Recht verlangen können«, erklärte er seinen Tischgenossen, »so die Walloniens und Nordfrankreichs«. ⁵⁴ Sollte er etwa durch die Denkschrift von 1940 zu dieser Lektüre angeregt worden sein?

Das Problem der Wallonen und der ›Volksgrenze‹ zwischen Germanen und Romanen spielt im Text in der Tat eine wichtige Rolle. Doch im Unterschied zu Petri, der sich in seinen Veröffentlichungen nie ganz festlegte und bis zuletzt die Hoffnung hegte, die Wallonen völkisch ›retten‹ zu können ⁵⁵, plädiert die Denkschrift dafür, die neue Reichsgrenze »ohne Rücksicht auf die Wallonen« durchzusetzen (S. 20). Dasselbe gilt für die frankophone Bevölkerung in den Departements Nord und Pas-de-Calais. Auch dort mahn-te Petri 1941 gegenüber der Militärverwaltung zur Vorsicht, weil er genau wusste, dass selbst die flämische Minderheit jede Annexion ablehnte. ⁵⁶ Aus der Sicht der Berliner Führung zeichnete sich im Sommer 1940 jedoch die einmalige Chance ab, den gesamten westlichen Grenzgürtel umzumodeln und »wiederzugewinnen« (S. 25). Es galt, »den tausendjährigen Kampf um den Rhein endgültig zu Gunsten des deutschen Volkes zu entscheiden«, wobei

⁵⁴ Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, hg. v. Gerhard Ritter, Bonn 1951, S. 425. Vgl. dazu Schöttler, Westforschung (wie Anm. 30), S. 220 u. 248 f.

⁵⁵ Vgl. Schöttler, Westforschung (wie Anm. 30), S. 219 f., sowie zuletzt Marnix Beyen, Eine lateinische Vorhut mit germanischen Zügen. Wallonische und deutsche Gelehrte über die germanische Komponente in der wallonischen Geschichte und Kultur (1900–1940), in: Griff nach dem Westen (wie Anm. 43), S. 351–381.

⁵⁶ Vgl. seine »Grundsätzlichen Bemerkungen zur Denkschrift des Vlaamsch Verbond van Frankrijk«, datiert Juli 1941. Darin heißt es zum Schluss: »Bei einer etwaigen Abgliederung bedeutender französischsprachiger Gebiete von Frankreich ist ohne Zweifel mit ersten volkspolitischen Konsequenzen zu rechnen. [...] Soweit Abgliederungen von Frankreich aus strategischen Gründen geboten sein sollten, sollten sie jedenfalls erfolgen nicht wegen, sondern trotz des Bevölkerungscharakters dieser Gebiete.« Westfälisches Archivamt, Münster, Nachlass Petri, Ordner T. II. 1–11.

die geplanten Annexionen als »Wiedergutmachung des hundertfältigen Unrechtes« betrachtet wurden, »das Frankreich Deutschland als Folge seines unberechtigten Strebens nach dem Rhein in den letzten tausend Jahren zugefügt hat« (S. 38/39). Dass dafür weit über die Hälfte der ansässigen Bevölkerung – in der Denkschrift ist von fünf Millionen die Rede (S. 30) – deportiert werden musste, und zwar vermutlich mit Gewalt, galt offenbar nicht als Hinderungsgrund. Im Gegenteil, da eine bloße »Beschränkung auf die Grenze von 1918 oder gar auf das deutsche Sprachgebiet« nicht ausreichen würde, um »neue Verwicklungen an der Westgrenze« zu verhindern (S. 12), diene ausgerechnet das Konzept vom »deutschen Volksboden«, das seit 1918 gegen die Versailler Gebietsabtretungen und überhaupt gegen »völkische« Ungerechtigkeiten im Flickenteppich Europas gerichtet worden war,⁵⁷ zur Rechtfertigung neuer Vertreibungen (vgl. S. 19, 25, 26): Erstens habe »das germanisch-deutsche Volkstum im frühen Mittelalter weit über die heutige Sprachgrenze nach Nord- und Ostfrankreich hinein bis an die Seine« gereicht (S. 14) (Steinbach-Petri-These), und zweitens sei das gegenwärtige Frankreich viel zu dünn besiedelt. Nur durch »Masseneinwanderung« aus den Nachbarländern und Afrika sei es noch in der Lage, seine »Schlüsselinindustrien [...] aufrechtzuerhalten« und »seine Ernährung sicher[zu]stellen« (S. 24). Schon jetzt würden »Hunderttausende und Millionen Deutsche und Flamen helfen [...], die französische Wirtschaft in Gang zu halten«, also »gegen das eigene Blut kämpfen« (S. 25). Hier müsse die »neue Grenzziehung [...] endgültig Wandel schaffen, indem sie Räume, die doch nicht vom französischen Volke bevölkert, bewirtschaftet und ausgenutzt werden können, dem deutschen Volkstum zur Besiedlung und Wiedergewinnung als deutschen Volksboden zur Verfügung stellt«. Die französische Bevölkerung dagegen müsse »zum grossen Teil ausgesiedelt« und in das »entvölkerten Kernfrankreich« transferiert werden (S. 25).

Auch wenn vor allem solche völkischen Gesichtspunkte Hitlers Obsessionen entsprachen, werden in der Denkschrift auch die wirtschaftlichen und materiellen Vorteile einer Annexion mit Nachdruck hervorgehoben. Der Autor lässt keinen Zweifel daran, dass die betreffenden Gebiete »wirtschaftlich die wertvollsten Teile Frankreichs« sind (S. 36). In Lothringen könnte das Deutsche Reich z. B. 94,8 Prozent der französischen Eisenerzproduktion

57 Vgl. programmatisch: Albrecht Penck, Deutscher Volks- und Kulturboden, in: Karl Christian v. Loesch (Hg.), Volk unter Völkern, Bd. 1, Breslau 1925, S. 62–73; Wilhelm Volz (Hg.), Der westdeutsche Volksboden, Breslau 1925.

und in den Norddepartements 61 Prozent der Steinkohlenförderung übernehmen. Kurzum, auch im Blick auf die Rüstungsproduktion wäre eine Annexion von entscheidendem Vorteil.

Welches Resümee lässt sich aus dieser kurzen Lektüre ziehen? Gestützt auf die Kenntnisse der ›Westforschung‹ liefert die Denkschrift erstens eine Argumentationshilfe und zweitens eine Art ›Fahrplan‹ für die Annexion weiter Gebiete entlang der deutschen Westgrenze: erst waren Luxemburg, Lothringen und Elsaß an der Reihe, dann Belgien und Nordfrankreich sowie schließlich ein breiter Streifen, der von den Argonnen bis Burgund reicht. Die Stoßrichtung ist eindeutig: Belgien und Luxemburg sollen von der Landkarte verschwinden, Frankreich soll auf ein »Kerngebiet« reduziert werden. Auf die ansässige Bevölkerung ist dabei keine Rücksicht zu nehmen. Allein die Deutschsprachigen und die Flamen sollen bevorzugt behandelt und »in den großdeutschen Raum« zurückgeholt werden (S. 19). Wollte man all dies auf einen Begriff bringen, könnte man tatsächlich von einem ›Generalplan West‹ sprechen, der analog zu den verschiedenen ›Generalplänen Ost‹⁵⁸ auf eine völlige Neugliederung Westeuropas und eine weitreichende ethnische ›Flurbereinigung‹ im Interesse des NS-Staates hinauslief. Dennoch gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Denkschriften für Ost und West: So ist z. B. im vorliegenden Dokument an keiner Stelle von der jüdischen Bevölkerung die Rede, und auch die anderen nicht-deutschen Bevölkerungsteile werden – trotz völkischer bzw. rassistischer Kriterien – bei weitem nicht so geringschätzig beschrieben, wie dies für Polen, Russen, Ukrainer usw. im Osten der Fall war. Zwar mag der sprachliche Unterschied zwischen ›Aussiedeln‹ (West) und ›Ausmerzen‹ (Ost) zunächst wie eine Nuance wirken, die eine spätere Radikalisierung nicht ausschloss, doch drückten sich darin eben unterschiedliche Prioritäten aus, die zumindest kurzfristig lebensrettende Bedeutung haben konnten. Hätte sich aber der Krieg anders entwickelt, wären wohl auch im Westen die in der Denkschrift entworfenen Ziele mit ungleich größerer Brutalität ›durchgesetzt‹ worden.

58 Vgl. Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*, Frankfurt/Main 1991, S. 83 ff.; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993, bes. den Beitrag von Karl Heinz Roth (S. 25 ff.).

Wer war der Autor?

Ein äußerst brisantes Dokument also – doch wer hat es geschrieben? Wurde es tatsächlich von Stuckart verfasst oder von einem seiner Mitarbeiter? Oder vielleicht von einem jener ›Westforscher‹, die sich in der Rolle von Politikberatern gefielen? Ein unzweifelhafter Beweis für die eine oder andere Hypothese konnte bislang nicht gefunden werden. Da die Denkschrift ohne Begleitkorrespondenz überliefert ist und wir für ihre Entstehungsgeschichte auf spätere Aussagen von Beteiligten angewiesen sind, die kein Interesse daran hatten, als Verfasser oder Mitverfasser bekannt zu werden, kann man über den Hergang nach wie vor nur spekulieren. Obwohl sich in den einschlägigen Aktenbeständen (Reichsinnenministerium, Reichskanzlei, Auswärtiges Amt, Waffenstillstandskommission usw.) nicht wenige Denkschriften erhalten haben – darunter einige zu den Westgrenzen⁵⁹ –, konnte nicht einmal der Aktenvorgang eindeutig rekonstruiert werden – ganz zu schweigen von der Provenienz unseres ›Führerexemplars‹.

Was die Entstehungs- und Planungsgeschichte angeht, so ist ihr Wagner in seiner Belgien-Studie von 1974 möglicherweise auf die Spur gekommen. In einer Akte der Reichskanzlei, die sich auf den »Krieg gegen Frankreich« bezieht, stieß er auf eine Mappe mit der Überschrift: »Denkschriften, Beschreibungen u.a. über Frankreich, Belgien und die Niederlande«. ⁶⁰ Darunter stand die Zeile: »Das Material wird im Assistentenzimmer verwahrt«. Angesichts zahlreicher Bearbeitungsvermerke und da ihm ein beteiligter Beamter versicherte, dass er sich an ein solches Zimmer nicht erinnern könne, wurde Wagner misstrauisch und schloss auf ein »höchst geheimes Planungsvorhaben für das westliche Europa«. ⁶¹ Dessen »Kern« war aber nicht mehr erkennbar, sondern nur noch der »formale Lauf des Geschäftsgangs«. Dennoch hielt Wagner es für wahrscheinlich, dass die »Bearbeitungsvermerke der Reichskanzlei in direktem Zusammenhang mit den Vorarbeiten zu der

59 Siehe die beiden Anm. 67 zit. Denkschriften von Reisman-Grone und Reche. Auch der Leiter der *Reichsstelle für Raumordnung*, Konrad Meyer, der 1942 den dritten ›Generalplan Ost‹ verfasste, legte im Juli 1940 eine Denkschrift über die »raumplanerischen Möglichkeiten einer Grenzziehung und Einteilung der Grenzräume im Westen« vor. Ein Exemplar ist im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes erhalten (R 105124). Dort findet sich auch eine umfangreiche Denkschrift des saarpfälzischen Gauleiters Bürckel v. Oktober 1941 mit dem Titel »Fragen gegenüber Frankreich« (R 105123).

60 BAArch BL, R 43 II, 676, Bl. 89.

61 Wagner (wie Anm. 20), S. 170.

Denkschrift Stuckarts stehen, die dieser auf Befehl Hitlers über eine neue Reichsgrenze im Westen angefertigt hat». ⁶²

Rund dreißig Jahre später bestätigt ein Blick in die Akte diese Vermutung. Die beteiligten Beamten des Innenministeriums, Globke und Klas, waren dieselben, die sich nach dem Krieg zur Stuckart-Denkschrift äußerten, und beide sagten, alle Akten seien vernichtet worden. Schon am 30. Mai 1940 übersandte Globke – der später behauptete, nicht zuständig gewesen zu sein! – der Reichskanzlei das angeforderte »Material«; weiteres Material werde »noch im Innenministerium zusammengestellt« und »baldmöglichst« folgen. ⁶³ Dass es sich bei diesem Vorgang um Planungen zur deutsch-französischen Grenze handelte, erhellt sich aus einem Vermerk vom 1. Juni: »Nach Mitteilung von ORR. Klas (MdI) ist das hier interessierende Material in der »Militärgeographischen Beschreibung von Frankreich« enthalten, die beim Generalstab des Heeres, Abt. für Kriegskarten und Vermessungswesen, zu erhalten ist.« ⁶⁴ Natürlich wurde das gewünschte »Kartenmaterial über die Niederlande, Belgien und Nordostfrankreich« sofort herbeigeschafft. ⁶⁵ Und ein paar Tage später übergab wiederum Globke »das anliegende weitere Material« ⁶⁶, von dem – wir ahnen es – leider nichts erhalten oder genauer beschrieben ist.

Dafür enthält dieselbe Akte zwei spätere Denkschriften, die man heute gleichsam als Kontrastfolie oder zur Ergänzung des Stuckart-Dokuments lesen kann: Die eine stammt von dem ehemaligen Essener Oberbürgermeister Theodor Reisman-Grone, der sich Ende Juni direkt an den »Führer« wandte, um mehr Rechte für das »geknechtete Flamentum« zu erbitten; die andere wurde im Dezember 1940 von Stuckart und Globke übersandt und stammt von dem Leipziger Rassekundler, Professor Otto Reche, der eine »raumstrategische und rassenpolitische« Analyse des »Nord- und Westraums« vorlegte. ⁶⁷

⁶² Ebenda, S. 172.

⁶³ BArch BL, R 43 II, 676, Bl. 95; Vermerk des persönlichen Referenten von Hans Heinrich Lammers v. 30.5.1940.

⁶⁴ Ebenda, Bl. 91; Vermerk v. 1.6.1940.

⁶⁵ Ebenda, Bl. 93; Vermerk v. 1.6.1940.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 99; Vermerk v. 5.6.1940.

⁶⁷ Ebenda, Bl. 101–114 und Bl. 159–167. Auszüge aus der Reche-Denkschrift finden sich in: Ludwig Nestler u. a. (Hg.), *Die faschistische Okkupationspolitik in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden (1940–1945)*, Berlin 1990 (= *Europa unterm Hakenkreuz* Bd. 4), S. 117 f. Vgl. auch Wagner (wie Anm. 20), S. 226–234. Obwohl dem Autor das Verdienst zukommt, diese Materialien erstmals kritisch ausgewertet zu haben, fällt dem heutigen Leser auf, dass er die NS-Annexions- und Umsiedlungspläne in der Tendenz sehr stark herunterspielt oder als unrealistische Phantastereien abtut, die schon damals »in die Archive der Kanzleien« gewandert seien (S. 234). Siehe dazu erneut das in Anm. 50 Gesag-

Beide Verfasser schlugen radikale Grenzveränderungen und Umsiedlungen vor, die weit über Stuckarts Vorschläge hinausgingen. Doch gerade in ihren ›Übertreibungen‹ bestätigen sie, dass die von Hitler angeforderte und genehmigte Denkschrift keineswegs ›utopisch‹, sondern im Gegenteil vergleichsweise ›realistisch‹ war oder wenigstens 1940 so erscheinen musste.⁶⁸ Deshalb diente sie bis auf weiteres als heimlicher Orientierungsplan.

Allein schon dieser geheime und exekutive Charakter der Denkschrift dürfte erklären, warum noch nicht einmal Entwürfe des Textes in den Akten aufbewahrt wurden. Darüber hinaus spricht er meines Erachtens aber auch gegen die These, dass die Denkschrift von einem akademischen ›Westforscher‹ verfasst worden ist. Der von Fahlbusch als Verfasser vermutete Friedrich Metz amtierte zwar seit Kriegsbeginn als kommissarischer Vorsitzender der WFG – doch besaß er wirklich den nötigen Einfluss, um eine so wichtige ›Führervorlage‹ komplett formulieren zu können?⁶⁹ Auch inhaltlich und stilistisch spricht einiges gegen Metz als Verfasser, z. B. die mehrfachen Hinweise auf die ›Geopolitik‹, eine Richtung in der Geographie, die er ablehnte.⁷⁰ Und schließlich lässt sich der von Fahlbusch als (einziger) Beleg angeführte Aktenvermerk – worin der Generaldirektor der Preußischen Archive erklärt: »Prof. Metz hat eine Denkschrift hierüber für Staatssekretär Stuckart bearbeitet« – im Kontext auch anders lesen, nämlich als ein etwas wichtigtuerscher Hinweis auf Zuarbeiten für das Innenministerium, der sich keineswegs auf *diese* Denkschrift bezogen haben muss.⁷¹

te. Im übrigen stützt sich Wagner ausgerechnet bei diesem Thema auf Mitteilungen von »Herrn Professor Dr. Franz Petri, Bonn« (S. 175 ff.), der den jungen Doktoranden sicher zu einer milden Bewertung angehalten hat. Zum grundsätzlichen Problem von Zeitzeugen, die als ehemalige ›Täter‹ in den ersten Jahrzehnten der bundesdeutschen NS-Forschung zur Verharmlosung vieler Darstellungen beigetragen haben, vgl. den Aufsatz »Der Beginn der ›Endlösung‹ in Frankreich – offene Fragen« von Ahlrich Meyer in diesem Heft.

68 Das ergibt auch ein Vergleich mit Denkschriften der deutschen Admiralität, die nicht nur Ostfrankreich, sondern die »Kanalküste bis Brest« annektieren wollte. Vgl. Michael Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945*, Frankfurt/Main 1973, Bd. III, S. 105 ff.

69 Vgl. Fahlbusch (wie Anm. 17), S. 474 u. 708. Zu Metz siehe oben Anm. 45.

70 Als einschlägige ›geopolitische‹ Stellungnahme siehe z. B. Karl Haushofer, *Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung*, Heidelberg 1939. Zur Geschichte der ›Geopolitik‹ vgl. u. a. Michel Korinman, *Quand l'Allemagne pensait le monde. Grandeur et décadence d'une géopolitique*, Paris 1990, sowie zuletzt die kritischen Beiträge in: Irene Diekmann u. a. (Hg.), *Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist*, 2 Bde., Potsdam 2000.

71 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Rep. 178, VII, 3 A 5, Bd. 1, Bl. 142; Aktenvermerk von Generaldirektor Zipfel v. 23.10.1940 über ein Gespräch mit Prof. Metz in Freiburg. Darin heißt es gleich zu Beginn: »In mehrstündiger Unterredung werden

Welche weiteren Verfasser kommen noch in Frage? Dieselben grundsätzlichen Überlegungen sprechen auch gegen andere ›Westforscher‹, wie etwa Franz Steinbach oder Franz Petri, Max Hildebert Boehm oder Kleo Pleyer, Walter Geisler oder Ernst Anrich. Sie alle haben sich vor dem Krieg und im Krieg mit Grenzfragen befasst und mehr oder weniger radikale Vorschläge zur Revision der Versailler Regelungen publiziert. Die meisten von ihnen unterhielten gute Beziehungen zu den Institutionen und Behörden, die mit Planungen zur Neugestaltung unter anderem des westlichen ›Großraums‹ befasst waren. Ihre Schriften standen sicher auch im Handapparat der zuständigen Ministerialbeamten. Dennoch gibt es bislang keinen Hinweis darauf, dass Stuckart einen diesen Professoren ins Vertrauen zog und ihn eine Vorlage oder gar den endgültigen Text schreiben ließ. Dies ist in der Tat der entscheidende Punkt: Es geht hier nicht um ein unverbindliches Gutachten oder einen bloßen Entwurf, sondern um ein ausgearbeitetes *Programm*. Auch wenn nach dem schnellen Sieg über Frankreich große Eile herrschte, enthielt die Denkschrift bereits eine Zusammenfassung vieler Vorschläge und Formulierungsversuche. Die Grundidee stammte ohnehin von Hitler selbst. Deshalb scheint es unwahrscheinlich, dass der Text von einem Außenstehenden, etwa einem Universitätsprofessor, verfasst sein könnte. Vielmehr dürfte es sich um eine ministerielle Denkschrift handeln, die von einem oder mehreren hohen Beamten geschrieben wurde. Ob Stuckart dabei den Hauptanteil hatte – immerhin betätigte er sich häufig als Autor⁷² –, oder

besonders folgende Punkte erörtert: 1. Politische Neugestaltung des Raumes Lothringen-Oberrhein-Burgund-Schweiz: Prof. Metz hat eine Denkschrift hierüber für Staatssekretär Stuckart bearbeitet. Für einen künftigen Gau Lothringen sei nicht Saarbrücken, sondern Nanzig [Nancy] der richtige Mittelpunkt. Straßburg, Bisanz [Besançon] und Nanzig müßten Hauptorte der künftigen deutschen Verwaltung und des kulturellen Lebens werden. Die Gaue dürften aber nicht zugunsten dieser Städte ausgehöhlt werden. Deswegen spricht sich Prof. Metz für Erhaltung des Staatsarchivs in Kolmar aus. Er wendet sich scharf gegen die überall hervortretenden partikularistischen Bestrebungen.« Spätestens nach der Lektüre der Stuckart-Dokumente dürfte klar sein, dass hier nicht von derselben Denkschrift die Rede ist, auch wenn beide Texte offenbar von den zu annektierenden Gebieten handelten.

- 72 Stuckart verfasste zahlreiche juristische Fachbücher, Aufsätze und Gesetzeskommentare (darunter jenen für die ›Nürnberger Gesetze‹). Er war einer der Hg. der ›Festgabe für Heinrich Himmler‹ (1941) und gab zusammen mit Werner Best und Reinhard Höhn die Zeitschrift ›Reich – Volksordnung – Lebensraum‹ heraus. Vgl. Ahlrich Meyer, Großraumpolitik und Kollaboration im Westen. Werner Best, die Zeitschrift ›Reich – Volksordnung – Lebensraum‹ und die deutsche Militärverwaltung in Frankreich 1940–42, in: Modelle für ein neues Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, Berlin 1992, S. 29–76 (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 10), sowie Herbert (wie Anm. 9), S. 271 ff.

sein Mitarbeiter Globke oder ein anderer Referent, wird sich vielleicht eines Tages aufgrund neuer Aktenfunde klären lassen. Für die Lektüre des Dokuments ist dies nicht mehr sonderlich wichtig. Festzuhalten bleibt dagegen, dass sich der Text bei näherem Hinsehen als eine Art Melange präsentiert, in der allerlei wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Beiträge zur deutsch-französischen Grenzgeschichte zusammenfließen: von der Landeskunde zur Geopolitik, von der Siedlungsgeschichte über die Sprachgeschichte bis zur Nationalökonomie. Dabei könnte es sein, dass sich die ministeriellen Autoren – wie Specklin am Beispiel von Hitlers Frankreichbild zeigen konnte⁷³ – in einzelnen Punkten nicht etwa auf gelehrte Literatur, sondern ebenso auf anschauliche Propagandabroschüren oder »braune« Handbücher, Atlanten oder Enzyklopädien gestützt haben. Genauere Textanalysen werden dies vielleicht einmal zeigen. Dies würde auch die etwas überraschenden Hinweise auf Schlüter und Linnebach erklären (S. 2), die keine »Westforscher« im engeren Sinne waren, sich aber in den 20er Jahren für den »deutschen Rhein« engagiert hatten. So hatte Linnebach in der Reihe *Rheinische Schicksalsfragen* mehrere Propagandabroschüren vorgelegt, darunter ein Bändchen mit 42 Karten zum »tausendjährigen« Kampf um die Westgrenze.⁷⁴ Vielen Politikern und NS-Aktivisten – zu denen bekanntlich auch Stuckart gehörte – waren solche Materialien, die in den Jahren des »Rheinkampfes« in hohen Auflagen kursierten, bestens vertraut.⁷⁵ Da sie aber wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügten, hätte sich ein Lehrstuhlinhaber wohl kaum darauf berufen. Allein, den »Führer« und seine »kämpfende Verwaltung« störte das nicht.

73 Vgl. Specklin (wie Anm. 17), S. 10.

74 Karl Linnebach unter Mitwirkung von Ernst Hengstenberg, *Die gerechte Grenze im deutschen Westen – ein 1000jähriger Kampf*, Berlin o. D. (1926) (= *Rheinische Schicksalsfragen*, Heft 13/14).

75 Weit verbreitet war auch die Broschüre des Berliner Geographen Walther Vogel: *Frankreichs Länderraub seit 1000 Jahren*, Berlin o. D. (Verlag des Deutschen Schutzbundes). Zur deutschen geographischen und kartographischen Propaganda vgl. Guntram Henrik Herb, *Under the Map of Germany. Nationalism & Propaganda 1918–1945*, London 1997. Zum Streit mit den französischen Historikern vgl. außerdem Peter Schöttler, *Der Rhein als Konfliktthema zwischen deutschen und französischen Historikern in der Zwischenkriegszeit*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, 9 (1994), H. 2, S. 46–67 (aktualisierte Fassung im Internet unter: <http://www.deuframmat.de/>).

Fassen wir zusammen: Die hier edierte Denkschrift zur deutsch-französischen Grenze im Zweiten Weltkrieg ist zwar im strengen Sinne keine ›Erstveröffentlichung‹, doch für viele Historiker dürfte dieses Dokument, das in der Literatur bis heute als verschollen gilt, eine Entdeckung sein. Der für Grenzfragen und Annexionen zuständige Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Stuckart, begründet darin, warum und mit welchem Ziel im Juni 1940 die deutsche Wehrmacht quer durch den besetzten Teil Frankreichs noch eine weitere Grenze zog. In dieser sogenannten ›Nordostlinie‹ sah Hitler die künftige Westgrenze des ›Großdeutschen Reiches‹. Auch wenn die Wachposten an dieser Grenze im Dezember 1941 abgezogen wurden, hat Hitler selbst das Projekt niemals aufgegeben. Insofern erinnert es in mancher Hinsicht an eine ähnlich dauerhafte – und am Ende vergebliche – Priorität, nämlich Hitlers ständige Forderung nach Umwandlung der belgischen Militärverwaltung in eine Zivilverwaltung, die im Juli 1944 symbolisch noch vollzogen wurde.⁷⁶ Das mag den ›utopischen‹ Charakter solcher Maßnahmen unterstreichen, beweist jedoch zugleich, wie *real* sie kurzfristig sein konnten – mit dramatischen Folgen für die davon betroffenen Menschen. Auch deshalb lässt sich die Denkschrift vom Juni 1940 mit ihren sehr realen Umsiedlungsvorhaben als eine Art ›Generalplan West‹ bezeichnen, ohne dass damit die erheblichen Unterschiede zur genozidalen Politik in Mittel- und Osteuropa verwischt würden. Im übrigen belegt dieses Dokument erneut – ähnlich wie die 1992 in dieser Zeitschrift edierte ›Schieder-Denkschrift‹⁷⁷ –, welche Folgen das nazistische Engagement deutscher Wissenschaftler, in diesem Fall: der deutschen ›Westforscher‹, für die Politik des ›Dritten Reiches‹ haben konnte.

*Abschließend möchte ich mich bei der Archivarin der University of New Brunswick, Mary Flagg, sowie beim Direktor der Universitätsbibliothek, John Teskey, bedanken, die diese Publikation geduldig unterstützt haben.*⁷⁸

76 Vgl. Wagner (wie Anm. 20), S. 235 ff., sowie Nestler, Belgien (wie Anm. 67), S. 75 ff.

77 Vgl. Angelika Ebbinghaus / Karl Heinz Roth (Hg.), Vorläufer des ›Generalplan Ost‹. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 7 (1992), 1, S. 62–94.

78 Hier noch einmal der genaue Fundort des Dokuments: University of New Brunswick, Kanada, Harriet Irving Library, Archives and Special Collections.



Quelle: Nach BA-MA, Kart RH 2 W/94; aus BA-MA, RW 34/v.9.

Vorbemerkung zur Edition:

Das Dokument umfasst 41 einseitig beschriebene Blätter im Format A4, geschrieben auf einer Schreibmaschine mit großen Typen, wie sie für Vorlagen bei Hitler benutzt wurde. Das erste Blatt enthält den Titel, das zweite Blatt ein »Inhaltsverzeichnis«, das die Überschriften der sieben Kapitel und der sieben Abschnitte des VII. Kapitels aufführt. Auf die Wiedergabe dieses Blatts wurde hier verzichtet.

Nur der eigentliche Text des Dokuments, der 39 Blätter umfasst, ist paginiert.

Seitenumbrüche im Original werden im folgenden jeweils durch Querbalken angezeigt: / /.

Neben maschinenschriftlichen Unterstreichungen, die hier *kursiv* gesetzt sind, enthält der Text eine Reihe handschriftlicher Unterstreichungen mit rotem Stift, die im folgenden durch Unterstreich gekennzeichnet sind.

Die besondere Schreibweise des Originals – z. B. die häufige Verwendung von »ss« statt »ß« – wurde durchweg beibehalten. Lediglich zwei Tippfehler wurden stillschweigend korrigiert; desgleichen wurde die Schreibweise der Zahlen leicht modernisiert.

Alle Anmerkungen stammen vom Herausgeber. Einfügungen sind durch eckige Klammern [] gekennzeichnet.

»Die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich«

I.

Das Ziel der Grenzföhrung und Grundsätze der Grenzbestimmung

Das Kriegsziel der Westmächte, Deutschland in den Zustand der Zersplitterung nach dem Westfälischen Frieden zurückzuführen und den Rhein in seiner ganzen Länge zur französisch-deutschen Grenze zu machen, gibt auch Deutschland das Recht, bei der Bestimmung der neuen deutsch-französischen Grenze weit in die Vergangenheit zurückzugehen, als die Grenze gegenüber Frankreich dort lag, wo sie nach den natürlichen Verhältnissen liegen muss. Das Ziel der Grenzföhrung muss ein mehrfaches sein:

1. Die neue Grenze muss den natürlichen Gegebenheiten und geographischen Tatsachen Rechnung tragen.
2. Deutsches Volkstum darf nicht länger vor den Toren des Reiches bleiben.
3. Dem Reich muss der zu Mitteleuropa gehörende Wirtschaftsraum im Westen geschlossen zugeteilt werden.
4. Die natürlichen und strategisch notwendigen Verteidigungslinien im Westen müssen dem Reich gesichert werden.

Bei der Grenzziehung zwischen Deutschland und Frankreich, die gleichzeitig die Abgrenzung von Mittel- und Westeuropa ist, muss als ein wesentlicher Gesichtspunkt gelten, dass die Natur seltener Grenzlinien schafft als vielmehr Grenzräume. Vor allem aber muss man sich darüber /2/ klar sein, dass grosse Landräume oder gar Großstaaten niemals auf Grund *einer* geographischen Tatsachenreihe abgegrenzt werden können. Es ist nicht möglich, nur nach geologischen oder nur nach klimatischen oder hydrographischen Erscheinungen Grenzen zu ziehen. Vielmehr muss eine solche Grenzziehung nach länderkundlichen Grundsätzen erfolgen und sämtliche geographischen Tatsachen, insbesondere auch die der geographischen Lage und des inneren räumlichen Zusammenhangs berücksichtigen. Dazu kommen geschichtliche

und politische Zusammenhänge, die Verbreitung von Rasse, Volkstum und Sprache und nicht zuletzt die Erscheinungen der Kulturlandschaft.

Die Forschung ist in den Arbeiten von zahlreichen Geographen und Geopolitikern, von denen hier vor allem Schlüter, Metz, Steinbach und Linnebach¹ erwähnt seien, unter Zugrundelegung aller in Betracht kommenden obenangeführten Gesichtspunkte zu einer im wesentlichen übereinstimmenden Begrenzung Frankreichs gegenüber dem germanischen Osten gelangt, die im allgemeinen der Grenze des altdeutschen Reiches im Mittelalter entspricht. Das tausendjährige Ringen um die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, das man oft als den Kampf um den Rhein bezeichnet, (weil im Hintergrund der französischen Eroberungsgelüste allezeit als lockendes Ziel der Besitz des Rheins stand und steht) ist nicht ein Kampf um die Stromrinne des Rheins, sondern um die Landschaft, durch deren Mitte der Rhein fließt. Der Kampfplatz wird gleichsam abgesteckt durch das ganze Stromgebiet des Rheins, /3/ zu dem im weiteren Sinne auch Maas und Schelde gehören, einschliessende Westgrenze des Reichs im Mittelalter, welche die weiteste Ausdehnung Deutschlands nach Westen darstellt, sowie durch die den Rhein mehrfach überschreitende Ostgrenze des Napoleonischen Kaiserreiches zwischen 1810 und 1813, welche die weiteste Ausdehnung Frankreichs nach Osten bezeichnet (Karte 1)². /4/

II.

Die natürliche Grenze zwischen Deutschland und Frankreich

Der Begriff Mitteleuropa deckt sich im Westen nach der Auffassung der deutschen Landeskunde mit dem Begriff des geographischen Deutschland. Er ist gekennzeichnet durch den Dreiklang des deutschen Bodens: Alpenland, Mittelgebirge und Tiefland. Wo einer dieser drei Töne im Westen ausklingt, hört Mitteleuropa auf und beginnt Westeuropa und damit Frankreich.

1 Otto Schlüter (1872–1959), Geograph mit dem Schwerpunkt »Siedlungsgeographie«, seit 1911 Professor an der Universität Halle; Friedrich Metz (1890–1969), Geograph mit den Schwerpunkten »Siedlungsgeographie« und »Westforschung«, seit 1935 Professor an der Universität Freiburg im Breisgau (1936–1938 auch Rektor); Franz Steinbach (1895–1964), Historiker mit den Schwerpunkten »rheinische Landesgeschichte« und »Westforschung«, seit 1928 Professor an der Universität Bonn; Karl Linnebach (1879–?), Historiker mit den Schwerpunkten »Rheinland« und »Militärgeschichte«, Archivar am Reichsarchiv in Potsdam.

2 Die im Text erwähnten 16 Karten konnten bislang nicht gefunden werden.

Das niederdeutsche Tiefland reicht über Holland, Belgisch- und Französisch-Flandern hinaus, um an der Schwelle der Artois zu enden. Bis dort hin reicht auch die für das niederdeutsche Küstengebiet eigentümliche landschaftliche Dreigliederung: Dünengürtel, Marsch- oder Polderland und Geest, in Flandern als Houtland (Holzland) bezeichnet. Auf der Karte wird die Veränderung des Landschaftsbildes noch weiter unterstrichen durch eine scharfe Umbiegung der Küste nach Süden. An dieser Stelle liegt auch die Grenze zwischen der Nordsee und dem Kanal.

Die Ardennen stellen nur den westlichen Teil des rheinischen Schiefergebirges dar, mit dem sie nach ihrem geologischen Bau und ihren Oberflächenformen übereinstimmen. Die Ardennen sind zusammen mit der Eifel und dem luxemburgischen Ösling ein typisches deutsches Mittelgebirge. /5/

Zu Mitteleuropa gehören ferner die Vogesen in ihrer Gesamtheit, die mit dem Schwarzwald in allen wesentlichen Teilen übereinstimmen. Zu Mitteleuropa gehören aber auch schliesslich die Sichelberge, die Argonnen und der Jura, der politisch zwischen der Schweiz und Frankreich aufgeteilt ist.

Für die Zugehörigkeit eines Raumes und dessen inneren Zusammenhang ist das Gewässernetz von grosser Bedeutung. In den Flußsystemen kommt infolge der Sicherheit, mit der das Wasser stets die Tiefenlinie findet, die Oberflächengestaltung am feinsten und vollkommensten zum Ausdruck. Die Grenzen der Stromgebiete sind daher fast stets auch Grenzen natürlicher Landschaften. Wasserscheiden sind hier in der Regel natürliche Grenzen. Die Mosel gehört mit ihrem Gewässernetz zum Einzugsgebiet des Rheins. Aber schliesslich gilt auch für die Maas, dass sie sich in ihrem Unterlauf mit dem Rheinsystem vereinigt. Zur Maas gehörte ursprünglich auch das Gewässernetz der Schelde. Mosel- und Maasgebiet, sowie das Scheldegebiet stellen sich damit in deutlichem Gegensatz zu dem Gewässernetz, das im Pariser Becken seinen Mittelpunkt besitzt. Die Wasserscheide zwischen dem Maas- und dem Seinesystem tritt damit als eine klare Trennungslinie zwischen Mittel- und Westeuropa in die Erscheinung, und diese Linie ist durch den Argonnerwald besonders unterstrichen. Dieser dicht bewaldete Sandsteinrücken, der sich 60 km in der Länge und 12 km in der Breite erstreckt, stellt eine natürliche Hinderniszone dar, wie das auch /6/ die heftigen Kämpfe dort im Weltkriege beweisen. Im Süden schliesst sich als weitere Barriere des Seinebeckens das wichtige Plateau von Langres an (Karte 2).

Die Landschaft östlich dieser Wasserscheide, die linksrheinische Landschaft im weiteren Sinne, und die rechtsrheinische Landschaft bilden eine natürliche Einheit, durch die sich der Rhein als Mittelachse hindurchzieht.

Diese Landschaft rechts und links des Rheins ist gleichmässig und symmetrisch aufgebaut. Die Landschaft links des Rheins ist von Basel bis zur Mündung fast immer das Spiegelbild der rechtsrheinischen, wenn auch von Südwesten nach Nordosten etwas verschoben (Vogesen – Schwarzwald; Haardt – Odenwald; lothringische Stufenlandschaft – schwäbische und fränkische Stufenlandschaft; Schweizer Jura, Sichelberge und Côtes Lorraines – schwäbisch-fränkischer Jura; Zaberger Bucht – Kraichgau; Hunsrück – Taunus; Eifel, Hohes Venn und Ardennen – Westerwald, Siebengebirge und Sauerland). Diese einheitliche und symmetrische Gestaltung springt besonders im geologischen Aufbau in die Augen. Die Landschaft rechts und links des Rheins bis zur obenerwähnten Wasserscheide des Argonnerwaldes weist eine fast völlige geologische Einheitlichkeit und Symmetrie auf. *Die Antwort der Geologie auf die Frage nach der natürlichen Grenze zwischen Deutschland und Frankreich kann daher nur lauten, dass diese Grenze mit der Ostgrenze des Seinebeckens, d.h. mit der Wasserscheide zwischen den Flußsystemen der Seine und der Maas zusammenfällt.* Die einheitliche geologische Vergangenheit des Rhein- und /7/ Maasstromgebietes, die sich in seinem gleichartigen geologischen Aufbau ausspricht, hat auch eine einheitliche, gleichartige und symmetrische Oberflächengestaltung zur Folge gehabt. Die der Rheinebene zugekehrte Seite der Randgebirge zeigt rechts und links des Rheins steilen Abfall, während sich der dem Rheintal abgekehrte Hang sanft zu den Stufenlandschaften hinuntersenkt. Die gleiche Erscheinung kehrt bei den Schichtstufen der Stufenlandschaften wieder, die alle nach innen steil, nach aussen sanft und allmählich abfallen.

Zur weiteren Klärung der Frage der Grenze zwischen West- und Mitteleuropa muss auch auf das Klima abgestellt werden. Hier ergeben die Beobachtungen, dass der gesamte lothringische Raum östlich der Argonnen klimatisch nicht zum Westen Europas, sondern zu Mitteleuropa gehört. Während im atlantisch bestimmten Klima ausgeglichene Temperaturen und eine Steigerung der Niederschläge im Winter, Frühjahr und Herbst vorherrschen, trägt Lothringen sehr viel stärker kontinentales Gepräge. Die Temperaturgegensätze zwischen Sommer und Winter sind wesentlich grösser, und die Niederschläge häufen sich im Sommer im Gefolge von Wärmegewittern. Das findet eine entsprechende Auswirkung auch in der Pflanzenwelt und im landwirtschaftlichen Anbau. Der Wald gewinnt im lothringischen Raum übereinstimmend mit dem deutschen Mittelgebirge sehr viel grössere Bedeutung als im waldarmen Pariser Becken und in den küstennahen Landschaften Frankreichs. Auch die lothringische Landwirtschaft stimmt mit der

von /8/ Mitteleuropa, aber nicht mit jener der atlantischen Gebiete Frankreichs überein.

Entwässerung, Flußsystem und Wasserscheide, geologischer Aufbau, Oberflächengestaltung und Klima ergeben danach *folgende natürliche Grenze zwischen Deutschland und Frankreich: Schweizer Jura – Plateau von Langres – Waldgürtel der Argonnen und Hügelschwelle des Artois*. Zwischen den Argonnen und dem Hügelland des Artois liegt das flache Land der Picardie und des Hennegaues, Landschaften, die immer wieder als Völkertore und Schlachtfelder in der Geschichte erscheinen. Hier kann eine klare natürliche Grenzlinie nicht gefunden werden. Das gleiche gilt für die zwischen dem Schweizer Jura und dem Plateau von Langres liegende Senke der Saône (Karte 3). /9/

III.

Die geschichtliche deutsche Westgrenze im Mittelalter

Es ist daher auch kein Zufall, dass Frankreich seine politische und staatliche Einheit im Seine- und Loirebecken, dem eigentlichen Kerngebiet Frankreichs, gefunden hat und dass die ursprüngliche politische Ostgrenze Frankreichs während des ganzen Mittelalters und bis in die Neuzeit hinein über die Höhenzüge des Artois und der Argonnen verlief.

Die Ardennen und die Vogesen mit der Burgunder Pforte bilden einen zweiten natürlichen Grenzgürtel, der jedoch das einheitliche Stromgebiet Rhein-Maas in das des Rheins und das der Maas im wesentlichen teilt. Zwischen dem äusseren und diesem inneren Grenzgürtel liegt ein Zwischengebiet, das auch bezeichnenderweise immer wieder Anlass zu staatlichen Zwischenlösungen gab. Das kam bereits in den karolingischen Reichsteilungen zum Ausdruck wie später in der Bildung des grossburgundischen Staates und einer Reihe von kleinen Territorien, die als Pufferstaaten schliesslich der stärkeren Macht erliegen mussten. Keine der Staatsbildungen in diesem Zwischengebiet hat bisher in der Geschichte Bestand gehabt. Die Lehre der Geschichte geht daher dahin, diesen Raum wieder dem Staatsgebilde zuzuteilen, zu dem er ursprünglich gehört hat, und bei dem er im Verlaufe der letzten tausend Jahre weitaus am längsten gewesen ist. /10/

Ausgangspunkt für die Geschichte der Westgrenze ist der Vertrag von Verdun mit der Aufteilung des Reiches Karls des Grossen in drei Reiche, das Ostreich, das Mittelreich und das Westreich, im Jahre 843. Im Vertrag von Mersen im Jahre 870 wurde das Mittelreich in der Weise geteilt, dass unter

anderem Aachen, Trier, Diedenhofen, Metz und Strassburg deutsche Städte wurden. Nach der Schlacht von Andernach im Jahre 876 gewann das Ostreich dann auch noch die westliche Hälfte des ehemaligen Mittelreiches mit den Städten Antwerpen, Löwen, Cambrai, Verdun, Bar und Toul. Als im Vertrag von Ribemont im Jahre 880 auch Flandern bis zur Schelde und 925 ganz Lothringen an das Ostreich gefallen war, entstand so die deutsch-französische Grenze, die nach Abrundungen im flandrischen Raume (Westflandern und Artois) ohne grundlegende Veränderungen bis zur Besetzung der Bistümer Metz, Toul und Verdun (1552) bzw. bis zum Westfälischen Frieden galt. Jahrhunderte hindurch verläuft diese Grenze von der Kanalküste in einem Bogen bis nördlich Cambrai und weiterhin nach Bapaume. Die Gegend von Bapaume bildet Jahrhunderte lang eine wichtige Ausfallstellung und macht die Picardie zu einem naturgegebenen Kampfplatz. Von Bapaume wendet sich die Grenze zur Maas hinüber, die sie etwas unterhalb Mézières erreicht, von da ab verläuft sie auf den Höhen des Argonnerwaldes und entlang dem Plateau von Langres nach dem Tal der Saône und Rhône. Das gesamte Gebiet der Maas war damals deutsch bis auf den Oberlauf einiger linker Nebenflüsse. Die natürlichen Sperrlandschaften /11/ gegen Frankreich, die Vogesen, die Argonnen, die Ardennen und das Hügelland des Artois, waren damit in deutscher Hand, ebenso die historischen Übergänge und Schlachtfelder an der burgundischen Pforte, an der mittleren Mosel, im Oberlauf der Maas, der Sambre und der Schelde bis zur Wasserscheide, die zu den Flüssen herüberführt, deren Wasser nach Frankreich gerichtet sind, nämlich der Somme, der Oise, der Aisne und des Doubs (Karten 4–6).

Seit dem Mittelalter ist es das immer stärker hervortretende Bestreben Frankreichs, sich den Besitz der Landschaft zwischen dieser deutschen Westgrenze und dem Rhein zu setzen. Deutschlands Verhältnis zu Frankreich ist bestimmt durch das immer wieder auf französischer Seite auftauchende Begehren nach dem Rhein. Von der Schlacht bei Andernach (876), in der Karl des Kahlen Ansprüche auf das ganze Lothringen zurückgewiesen und damit jene frühen Versuche Frankreichs, den Rhein als Ostgrenze zu gewinnen, zum Scheitern gebracht werden, und von den Einfällen Lothars von Frankreich in Lothringen und die Rheinlande unter Kaiser Otto II. (Überfall in Aachen 978) führt eine Linie über die begehrlische Politik Philipps IV., des Schönen (1285–1314), dessen Kronjuristen Maas und Rhein zur natürlichen Grenze Frankreichs erklären wollten, weiter über die Besetzung der Bistümer Metz, Toul und Verdun durch Heinrich II. (1552) und über die Übergriffe unter Richelieu und Mazarin (Besetzung des Herzogtums Loth-

ringen und der Städte Mainz und Worms im 30jährigen Krieg) und die Gewaltakte Ludwigs XIV. (Wegnahme Strassburgs /12/ 1681) zur weitesten Ausdehnung des napoleonischen Kaiserreiches bis an und über den Rhein (1810–1813) und zur Rheinbundpolitik des Korsen, zu dem durch Napoleon III. entfesselten Kampf mit dem Ziele der Eroberung des ganzen linken Rheinuferes nebst einigen Brückenköpfen und schliesslich zur Aussenpolitik der französischen Republik, die zwangsläufig in den Weltkrieg einmündete und zur Abtrennung Elsass-Lothringens, Eupen-Malmedys, zur Unterstellung des Saargebietes unter die Herrschaft des Völkerbundes, zur Entmilitarisierung des Rheinlandes und zu seiner Besetzung durch die Feindbundmächte führte (Karten 7 und 8). *Immer ist der Rhein Deutschlands Schicksalsstrom; sind seine beiden Ufer mit der zu seinem Stromgebiet gehörenden Landschaft unbestritten in deutschem Besitz, dann ist die Zeit deutscher Grösse da; sind sie in der Hand der Franzosen, dann durchleben wir Zeiten von Deutschlands tiefster Erniedrigung.* Die immer wiederkehrenden masslosen Forderungen Frankreichs, die steten Beunruhigungen und die Notwendigkeit der Zurückerkennung der deutschen Westgrenze im Laufe der letzten tausend Jahre zwingen dazu, Frankreich nunmehr endgültig in seine natürliche Ausgangsstellung, in das Pariser Becken, zurückzudrängen. Erst dann wird im Westen eine ruhige Entwicklung gewährleistet sein. Eine Beschränkung auf die Grenze von 1918 oder gar auf das deutsche Sprachgebiet würde den Keim zu neu wiederkehrenden Ausdehnungsgelüsten Frankreichs und damit zu neuen Verwicklungen an der Westgrenze in sich tragen. Erst eine entscheidende Schwächung Frankreichs wird an der Westgrenze den Frieden bringen. /13/

IV. Die Sprachgrenze

Es ist auffallend, dass die geschichtliche Grenze, die ein dreiviertel Jahrtausend lang nur wenige Änderungen erfuhr, nicht mit der romanisch-germanischen Sprachgrenze zusammenfällt. Die deutsch-französische Sprachgrenze zeichnet sich durch einen ausserordentlich gradlinigen Verlauf aus, im Gegensatz zu den vielfach unübersichtlichen Verhältnissen des Ostens. Sprachliche Mischgebiete sind im Westen eine Ausnahme. In neuerer Zeit haben sich durch Zuwanderung flämische Minderheiten in Wallonien gebildet und deutschsprachige Minderheiten in den an Elsass-Lothringen sich anschliessenden Departements. Der gradlinige Verlauf der Sprachgrenze

verleitete früher zu der Auffassung, dass es sich hier um eine Grenzlinie handele, die bereits in der Völkerwanderungszeit geschaffen worden sei. Jedoch wurde in der Literatur auch schon früher darauf hingewiesen, dass der heutigen Sprachgrenze im ersten Jahrtausend unserer Zeitrechnung breite germanische Sprachstreifen und viele Sprachinseln im romanischen Sprachgebiet vorgelagert waren (Karte 9). Man nahm aber an, die heutige germanisch-romanische Sprachgrenze decke sich mit der Grenze der von Osten her durchgeführten Massensiedlungen der Franken, von denen nur kleinere Gruppen weiter nach Südwesten vorgedrungen seien. Steinbach³ hat nachgewiesen, dass die Lehre vom plötzlichen Abbruch der Massensiedlung an der Sprachgrenze falsch ist. /14/ Die Sprachgrenze ist keine ursprüngliche Siedlungsgrenze, sondern eine spätere Ausgleichgrenze zwischen germanischen und romanischen Sprach- und Kulturströmen. Petri⁴ hat dann in neuester Zeit in seinem Werk „Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich, die fränkische Landnahme in Frankreich und in den Niederlanden und die Bildung der westlichen Sprachgrenze“ bewiesen, dass die germanische Volkssiedlung die ganze Wallonei und die angrenzenden Teile Frankreichs in nahezu gleicher Weise erfasst hat, wie die nordöstlich anschliessenden germanischen Siedlungs- und Kulturgebiete in den Niederlanden, im Rheinland und sonst in Nordwestdeutschland. Den ursprünglich deutschen Charakter jener Gebiete unterstreichen in besonderem Masse die Bau- und Kunstwerke. Erinnert sei hier an die gotischen, d.h. deutschen Rathäuser vieler belgischer und französischer Städte und an die gotischen Dome von Paris, Reims, Amiens usw. In Wirklichkeit also reichte das germanisch-deutsche Volkstum im frühen Mittelalter weit über die heutige Sprachgrenze nach Nord- und Ostfrankreich hinein bis an die Seine, was durch zahllose Reihen- gräberfelder und nicht minder zahlreiche germanische Orts- und Flurnamen bezeugt wird. Auch die germanischen Siedlungs- und Flurformen haben sich über Nord- und Ostfrankreich verbreitet, wo, wie in den angrenzenden Gebieten des Reiches, die dorfmassige Siedlung und die Gewanneinteilung vorherrscht. Eine zerstreute germanische Siedlung, die als eine Herrensiedlung

3 Vgl. Franz Steinbach, *Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte*, Jena 1926; ders./Franz Petri, *Zur Grundlegung der europäischen Einheit durch die Franken*, Leipzig 1939. Zu Steinbach vgl. Anm. 1, zu Petri Anm. 4.

4 Vgl. Franz Petri, *Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich. Die fränkische Landnahme in Frankreich und den Niederlanden und die Bildung der westlichen Sprachgrenze*, 2 Bde., Bonn 1937. – Franz Petri (1903–1993), Historiker mit dem Schwerpunkt »Westforschung«, wurde 1941 Professor an der Universität Köln.

aufgefasst werden kann, reichte sogar bis an die Loire. An dem /15/ Aufbau der nordfranzösischen wie der wallonischen Bevölkerung ist germanisches Volkstum, vor allem fränkisches Volkstum in starkem Masse beteiligt. In die burgundische Pforte drang das alemannische Volkstum vor, das jedoch vor den Burgundern wieder zurückweichen musste. Beide germanischen Volksstämme aber, Alemannen und Burgunder, haben zum Aufbau der Bevölkerung in Burgund wesentlich beigetragen; das kommt auch in zahlreichen Ortsnamen, in Bodenfunden und in der Siedlungsart zum Ausdruck.

Für den Nordwestraum verschwinden die Abweichungen der geschichtlichen und der Sprachgrenze zum grössten Teil, wenn neben der romanisch-germanischen Sprachgrenze die wallonisch-französische mit in die Betrachtung gezogen wird, wozu, wie oben dargelegt, die neueren Forschungsergebnisse berechtigen. Die südlichere Randlinie der drei stärksten Dichtigkeitsstufen fränkischer Ortsnamen deckt den Raum zwischen der derzeitigen deutsch-germanischen Sprachgrenze einerseits und der historischen und der natürlichen Grenze andererseits fast völlig ab (Karte 10).

Mit dem Erstarken des französischen Staates wird die deutsche Sprachgrenze überall zurückgedrängt. Der folgenschwerste Einbruch erfolgte im Artois auf einer Breite und Tiefe von etwa 50 km. Der belgische Forscher Gottfried Kurth⁵ aus Arel setzt die niederdeutsche Sprachgrenze des 13. Jahrhunderts bei Boulogne an. Niederdeutsche Ortsnamen und andere Tatsachen weisen jedoch darauf hin, dass /16/ das geschlossene deutsche Sprachgebiet damals noch weiter südlich, und zwar bis zur Canche reichte. Südlich der Canchemündung finden wir noch eine Siedlung, die den deutschen Namen Berk trägt. Für die Flamen heissen die Städte Calais und Boulogne heute noch Kales und Boonen. Das Flämische hat im hohen Mittelalter grosse Verluste erlitten im Raum von Lille (Rijssel), Roubaix (Robeeke), Tourcoing (Tourkonje). Im Herzogtum Lothringen wurde die Sprachgrenze in dem Raum von Château Salins (Salzburg), Vic (Vich), Moyenvic (Medevich), Marsal, Dieuze (Duss), Mörchingen und Saarburg auf eine Breite von etwa 50 km und eine Tiefe von 20 bis 25 km zurück-

5 Godefroid Kurth (1847–1916), belgischer Historiker. Einer der Lehrer von Henri Pirenne. Seine »deutsche« Herkunft – er wurde in Arlon/Arel geboren – wurde von nationalistischen deutschen Historikern gerne hervorgehoben (vgl. Ernst Striefler, *Gottfried Kurth. Ein deutsch-belgisches Grenzlandschicksal*, Leipzig 1941), daher die deutsche Schreibweise seines Vornamens. Kurth verfasste die erste große Darstellung zur frühmittelalterlichen Sprachgrenze: *La frontière linguistique en Belgique et dans le Nord de la France*, 2 Bde., Brüssel 1896/1898.

geworfen. Die Vogesen waren im Mittelalter an mehreren Stellen vom Deutschtum in westlicher Richtung überschritten worden. Von Markkirch aus verbreitete sich das mittelalterliche Deutschtum vor allem dem Bergbau folgend bis über St. Diedel (St. Dié) hinaus und in ähnlicher Weise am Südrand der Vogesen im Raum Giromagny nördlich Belfort. Vom Münstertal erfolgte eine landwirtschaftliche Erschließung des Westabhanges der Hochvogesen bis über Gerdsee (Gerardmer) und Langensee (Longemer) nach Woll (Lapresse) hinaus. Jenes ältere über den Vogesenkamm nach Westen vorgestossene Deutschtum konnte sich aber nicht halten. Auch in der Gegend von Belfort ist die deutsche Sprache nach dem Verlust dieser Stadt im Westfälischen Frieden zurückgegangen; unter österreichischer Herrschaft war das kleine Belfort eine wesentlich deutschsprachige Stadt. Sehr stark hatten sich die deutschen kulturellen und sprachlichen /17/ Einflüsse in der württembergischen Herrschaft Mömpelgard (Montbéliard) und der Freien Reichsstadt Bisanz (Besançon) durchgesetzt, und sie sind heute dort noch fühlbar. /18/

V.

Die Volkstumsverhältnisse beiderseits der Sprachgrenze
bis zur natürlichen Grenze

Auf germanischer Seite sind die Anwohner der romanisch-germanischen Sprachgrenze von der Schweizer Landesgrenze bis zu dem Ort Aubel südwestlich von Aachen Deutsche, von da ab bis zu ihrem Auslauf am Meere zwischen Dünkirchen und Calais Flamen.

Die Zahl der Einwohner deutscher Muttersprache in Elsass-Lothringen beträgt rd. 1½ Millionen. Im Ober- und Unterelsass hat sich die Sprachgrenze in jüngerer Zeit nicht mehr wesentlich verändert. Dagegen waren in Lothringen, bedingt durch den gewaltigen Aufschwung des Bergbaus und der Hüttenwerke, nach 1871 bedeutende Veränderungen zugunsten der deutschen Sprache erfolgt. Nach Versailles kam wieder ein Rückschlag, der aber selbst nach dem Urteil ausländischer Beobachter im Minettegebiet Lothringens keinesfalls ein so grosses Ausmass annahm, wie die französische Statistik es darzustellen versuchte. Die deutsche Sprache ist allerdings wieder stark zurückgegangen in Städten wie Metz, Diedenhofen, Château Salins, Dieuze, Mörchingen und Saarburg, wo an die Stelle der deutschen Behörden und Truppen französische traten.

Das bisherige Grossherzogtum Luxemburg hat rd. 297.000 Einwohner, die bis auf einen Teil der darin mitenthaltene rd. 38.000 Staatsfremden deutschen Volkstums (Moselfranken) sind. /19/

Die Notwendigkeit der Einbeziehung der Flamen in den grossdeutschen Raum bedarf keiner näheren Begründung. Die Territorien auf dem belgisch-niederländischen Raum verdanken zu allen Zeiten ihre mehr oder weniger grosse Selbständigkeit lediglich der Rivalität ihrer grossen Nachbarn England und Frankreich untereinander und gegenüber einem schwachen Deutschen Reich. Erst mit dem Erscheinen Preussens auf breiter rheinischer Front im Jahre 1815 konnten Hoffnungen auf Wiedergewinnung des verlorenen wertvollen deutschen Volksbodens bis zur alten deutschen Westgrenze, wie sie vor dem Westfälischen Frieden bestand, geweckt werden. Die Zeit für die Erfüllung dieser Hoffnungen erscheint nunmehr gekommen. Die Zahl der flämisch sprechenden Bevölkerung Belgiens beträgt rd. 4,5 Millionen.

Etwa 180.000 bodenständige Flamen wohnen im Departement Nord in einem Gebiet, das im Westen bis an die Aa reicht (Karte 11). Die alten flämischen Städte Dünkirchen, Gravelingen und Sint Omars (St. Omer) sind der Verwelschung anheimgefallen. Immerhin gibt es in Dünkirchen noch eine starke flämische Minderheit. Das Flämische hat sich dagegen in Bergen, Cassel, Belle (Bailleul) und Hazebrouck vollständig gehalten und von Belgisch-Flandern erfolgte eine so starke Zuwanderung, dass die Sprachgrenze in der Gegend von Komen (Comines) und Werwik (Werwicq) sich sogar nach Süden verschiebt.

Nur auf *alt*französischem⁶ Boden sind die Anwohner /20/ auf der romanischen Seite der Sprachgrenze Franzosen, dagegen in den ehemals zum alten deutschen Reich gehörenden südbelgischen und zum Teil auch in den angrenzenden französischen Gebieten Wallonen, Nachkommen der Reichsromanen. Es handelt sich bei den Wallonen im wesentlichen um eine erst in neuerer Zeit unter französischen Einfluss geratene rassisch und sprachlich von Deutschen und Franzosen unterschiedliche Urbevölkerung, die in den unzugänglichen Gebieten der Ardennen die Stürme der Völkerwanderung überstanden hatte, aber doch stark unter fränkischen Einfluss gekommen war. Heute ringt diese wallonische Bevölkerung infolge ihrer geringen Kinderzahl stark um ihren Bestand und ist nur auf Grund der seit langem bestehenden flämischen Einwanderung in der Lage, ihre Einwohnerzahl aufrechtzuerhalten. Die Zahl der belgischen Wallonen beträgt 3½ Millionen. Als ein spitzer bis

6 Kursivierte Silbe im Original gesperrt.

in die Nähe von Maastricht nach Norden gerichteter Keil schiebt sich die wallonische Bevölkerung zwischen das flämische und das deutsche Gebiet. Sie hat in dieser Lage seit der Völkerwanderung bis ins 19. Jahrhundert hinein alle Schicksale des Deutschen Reiches teilen müssen, das auf seine natürlichen Grenzen nicht dieses Keiles wegen verzichten kann. Die Sicherheit des deutschen Volkes darf daher in Zukunft nicht von Wallonen und ihrer Hinneigung zum Franzosentum abhängig bleiben. Die deutsche Reichsgrenze muss vielmehr ohne Rücksicht auf die Wallonen geführt werden. /21/

Die Feststellung, dass ausser den Veränderungen der Sprach- und Volkstumsgrenze in Westflandern und Lothringen die deutsch-französische Sprach- und Volkstumsgrenze im Laufe der Jahrhunderte keine allzu grossen Veränderungen erfahren hat, darf jedoch nicht zu der Annahme verleiten, dass im Westen ein darüber hinausgehender Verlust an deutschem Volkstum nicht eingetreten sei. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Seit dem Mittelalter ergiesst sich ein Strom von deutschen Menschen nach Frankreich, der in die vielen Hunderttausende geht. Allein die Zahl der Schweizer, die in fremden Heeren Söldnerdienste taten, wird auf 2 Millionen beziffert. Davon haben mehr als 1 Million unter französischen Fahnen gekämpft. Es gab Zeiten, wo erhebliche Teile des französischen Heeres aus Deutschen bestanden, und mit deutschen Truppen wurden vielfach die Eroberungskriege gegen das Reich geführt, angefangen von den Reitern Philipps des Schönen bis zu den Soldaten Napoleons I. Die Westwanderung betraf in früheren Jahrhunderten, von den Soldaten und Studenten abgesehen, vor allem Handwerker und bestimmte Facharbeiter wie Bergleute, Glockengiesser, Geschützgiesser und andere Metallarbeiter, Bierbrauer, Buchdrucker usw. Im 19. und 20. Jahrhundert nimmt diese Wanderung bisher ungekannte Ausmasse an. Französische Sachverständige berechnen die Zahl der eingewanderten Belgier auf 600.000, wovon mindestens $\frac{2}{3}$ flämischer Herkunft sind. Diese Einwanderung ging vor allem in die Departements Nord und Pas de Calais, wo sie sogar zu einer Veränderung der Sprachgrenze führte. In den /22/ grossen Industriestädten des Nordens, in Lille, Roubaix und Tourcoing gibt es heute flämische Minderheiten, die sich jeweils auf 20.000 bis 40.000 Köpfe beziffern. Die flämische Einwanderung aus Belgien hat sich aber auch sehr stark der Landwirtschaft zugewandt. Eingewanderte flämische Bauern und Pächter findet man über den ganzen Nordwesten Frankreichs verbreitet bis zur Seine. Diese Flamen haben ihre völkische Eigenart noch durchaus bewahrt und halten vielfach noch enge Fühlung mit ihrer Heimat und mit den heimatlichen Organisationen auf kirchlichem und wirtschaftlichem Gebiet.

Von grösster Bedeutung ist aber auch die Zuwanderung aus Elsass-Lothringen. Die Zahl der zugewanderten deutschsprachigen Elsass-Lothringer beträgt mindestens 300.000, liegt aber wahrscheinlich höher. Es sind vor allem die dem Elsass und Lothringen benachbarten Departements Meurthe et Moselle, Vosges, Belfort und Doubs, die von den Einwanderern aufgesucht wurden. Nach 1871 wanderte aus zollpolitischen Gründen ein Teil der oberelsässischen Textil- und Maschinenindustrie nach Belfort und in die französischen Vogesentäler. In den Landschaften und vor allem in den Städten der genannten Departements wohnen viele zehntausende von Elsässern, zu denen sich noch tausende von Schweizern und Reichsdeutsche gesellen. Belfort entwickelte sich von einer Festung und kleinen Bürgerstadt zum modernen Industrieplatz, so dass das kleine Territorium Belfort heute 100.000 Einwohner zählt. Die Zahl der Einwohner elsässischer Herkunft dürfte in diesem Gebiet /23/ gegen 20.000 betragen. Der Zusammenbruch der oberelsässischen Industrie nach dem Weltkrieg hat weitere Zehntausende in den Raum der Burgunder Pforte nach Mömpelgard und darüber hinaus nach Besançon gezogen, wo vor allem die Metall- und Uhrenindustrie vertreten ist. Eine grosse Anziehungskraft übten die Peugeot-Werke der Automobilindustrie aus, die zwischen Belfort und Mömpelgard entstand.

Die Zahl der Schweizer in Frankreich, unter denen die Deutsch-Schweizer völlig überwiegen, wird heute auf rd. 150.000 angegeben. Diese Schweizer Einwanderung erfolgte vor allem in die Departements Belfort, Jura, Doubs (Besançon), aber auch nach Elsass und Lothringen. Sie wendet sich in gleicher Weise der Industrie wie der Landwirtschaft zu.

Die Zahl der Luxemburger in Frankreich beträgt rd. 40.000.

Das eingewanderte deutsche und flämische Volkstum ist demnach in grösster Masse in den an das Reich und Belgien angrenzenden Gebieten vertreten.

Überschaut man diese Gesamtentwicklung, so kommt man zu dem Ergebnis, dass die dem Reich in seinen Grenzen von 1871 bis 1918 vorgelagerten Gebiete von der Küste bis zum Schweizer Jura erhebliche germanisch-deutsche Einflüsse zeigen, die einmal bedingt sind durch Vorgänge der Völkerwanderungszeit, zum anderen aber auch durch die Wanderungsbewegungen, die im letzten Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichten. Die Prozentzahlen der fremden /24/ Staatsangehörigen in den östlichen Departements sind aus anliegender Statistik⁷ zu ersehen.

7 Die im Text erwähnte statistische Aufstellung wurde bisher nicht gefunden.

Nach Ausweis der amtlichen französischen Statistik beträgt die Zahl der Ausländer in Frankreich 2,7 bis 2,9 Millionen. Dazu kommen noch etwa 300.000 Naturalisierte, die in der amtlichen Statistik von 1936 erschienen sind. Sicher handelt es sich dabei um Mindestziffern. Die Zahl der Ausländer dürfte mit 4 Millionen nicht zu hoch angesetzt sein und der Wirklichkeit am nächsten kommen. Die letzte Ursache der Masseneinwanderung liegt in der nicht nur auf die hohen Verluste Frankreichs im Weltkrieg zurückzuführenden ausserordentlich geringen natürlichen Vermehrung und der dadurch bedingten geringen Volksdichte. Frankreich wirkt auf seine Nachbarstaaten ansaugend wie ein luftleerer Raum. So erklärt sich die ausserordentliche Zuwanderung aus dem deutschen Volksgebiet der Schweiz, des Reichs, Elsass-Lothringens und Luxemburgs und aus Belgien, zu der noch eine starke Zuwanderung aus Spanien, Portugal, aus Italien und aus Afrika kommt.

Ohne die Mitwirkung dieser Länder könnte Frankreich weder seine Schlüsselindustrien und seine Rüstungsindustrie aufrechterhalten noch seine Ernährung sicherstellen. Nur durch die Zuwanderung vor allem der Italiener gelingt es, verödete Landstriche im Midi und in den Alpen wieder zu besiedeln und zu bewirtschaften. Frankreich ist vor allem nicht mehr in der Lage, seinen Boden aus eigener Kraft zu verteidigen, vielmehr muss es grosse Massen von /25/ Farbigen heranziehen, was seinen Niedergang vielleicht am deutlichsten kennzeichnet. Rechnet man die bodenständigen Volksgruppen der Basken, Katalanen, Italiener, Bretonen, Flamen und Deutschen und die in jüngerer Zeit zugewanderten Ausländer zusammen, so kommt man auf die erstaunliche Zahl von 7 bis 8 Millionen Nichtfranzosen. Frankreich hat damit den Beweis erbracht, dass es nicht in der Lage und nicht Willens ist, seinen Raum aus eigener Kraft mit eigenen Menschen zu füllen und auszunutzen.

Für uns ergibt sich vor allem die traurige Feststellung, dass hunderttausende und Millionen Deutsche und Flamen helfen müssen, die französische Wirtschaft in Gang zu halten, dass sie gegen das eigene Blut kämpfen müssen, während bei einer anders verlaufenen politischen Geschichte, bei einer anderen Grenzziehung es unschwer möglich gewesen wäre, dieses deutsche Volkstum, das in Frankreich untergeht, jedenfalls dem Deutschtum verloren geht, im Anschluss an den geschlossenen deutschen und flämischen Volksboden planmässig anzusetzen. Die neue Grenzziehung muss auch hier endgültig Wandel schaffen, indem sie Räume, die doch nicht vom französischen Volke bevölkert, bewirtschaftet und ausgenutzt werden können, dem deutschen Volkstum zur Besiedlung und Wiedergewinnung als deutschen Volksboden zur Verfügung stellt. Das heute in diesen Räumen siedelnde französi-

sche Volkstum wird zum grossen Teil ausgesiedelt werden können und ausreichenden Siedlungsraum und ausreichende Ernährungsmöglichkeiten im entvölkerten Kernfrankreich finden. /26/

VI. Die natürlichen Verteidigungslinien im Westen

Wie die Wasserscheide zwischen dem Seineflußsystem einerseits und Rhein-Mosel-Maas-Scheldesystem andererseits die natürliche Grenze gegenüber Frankreich darstellt, so sind auch die Hügelschwelle des Artois, die Südwesthänge der Ardennen, der 60 km lange Höhenzug der Argonnen, das Plateau von Langres und schliesslich die Burgunder Pforte mit ihrem Vorgelände die natürlichen Sperrlandschaften gegenüber dem kernfranzösischen Gebiet. Mit dem Besitze dieser Höhenzüge dürften auch die strategisch wichtigen Verteidigungslinien in deutscher Hand sein. /27/

VII. Grenzvorschlag

Nachstehend ist der Versuch gemacht, eine diesen lebenswichtigen Forderungen entsprechende Grenze zu finden. Neben den bereits erörterten geographischen, geschichtlichen und militärischen Gesichtspunkten sind besonders die Forderungen des Verkehrs und der Wirtschaft bei der Grenzführung entscheidend gewesen (Karten 3 und 12–16).

1.) Die Grenze beginnt an der Kanalküste südwestlich Montreuil sur Mer, schliesst den Unterlauf der Canche und die Stadt St. Pol ein und läuft südlich des flandrischen Hügellandes und des Flussgebiets der Scarpe und südlich der Stadt Arras vorbei. Sie schliesst weiter den gesamten Strassenzug der route nationale Nr. 39 und die Städte Cambrai, Le Cateau und Hirson ein, wo sie alsdann in südöstlicher Richtung die Südhänge der Ardennen erreicht. Südöstlich Charleville biegt die Grenze nach Süden ab und läuft über die Westhänge des Argonnerwaldes, alsdann östlich Bar le Duc über die Wasserscheide zwischen Marne und Maas bis auf das Plateau von Langres. Nach Einbeziehung der Stadt Langres hält sich die Grenze im wesentlichen an die Grenze der Departements Haute-Saône und Doubs, so dass das obe-

re Saône- und Doubestal mit Besançon und der Eisenbahnübergang zur Schweiz nordwestlich Lausanne von Frankreich abgetrennt werden. /28/

2.) Landschaftlich umfassen die abzutrennenden Gebiete:

- a) Zunächst das unmittelbare Flussgebiet des Rheins, das Elsass. Alle Flüsse und Bäche des Elsass ausser in dem kleinen nach Lothringen hineinragenden Teil, dem sogenannten krummen Elsass, führen unmittelbar zu Rhein.
- b) Das Flussgebiet der Mosel und der Saar, Deutsch-Lothringen, die Woëvre-Ebene, das Tal der Meurthe (Nebenfluss der Mosel von den Vogesen bei St. Dié kommend) und die Westabdachung der Vogesen.
- c) Im Süden das Flussgebiet der Saône und des Doubs zwischen den Vogesen und den Monts Faucilles (Sichelbergen), dem Plateau von Langres und dem Jura. Nach Südwesten ist die Grenze in Richtung Rhône offen.
- d) Das Maastal mit seinen westlichen und östlichen Vorbergen.
- e) Im Norden das Gebiet der Sambre, der Schelde, der Scarpe, der Lys und der Canche.

Die höchsten Erhebungen sind in den Vogesen und zwar im südlichen Teil dieses Gebirges (Grosser Belchen 1.423 m, Elsässer Belchen 1.245 m, Grosser Hohnack 1.361 m). Im Norden der Vogesen ist der Donon (über 1.000 m) der höchste Berg.

Im Jura steigen die Berge bis auf über 1.200 m und in den Gebirgen südlich Mömpelgard auf fast 900 m an.

Das in mehreren Treppen nach Osten zur Saône abfallende Plateau von Langres erhebt sich auf über 500 m. /29/

Das Gebirge zwischen der oberen Mosel und der oberen Maas erreicht ebenfalls 500 m.

Die Maashöhen sind weniger hoch. Die Höhe von 400 m wird hier weder in den Argonnen noch in den östlich der Maas gelegenen Teilen überschritten. Ebenso erreichen die Ardennen auf französischem Boden nur Höhen bis zu 400 m.

Westlich der Ardennen ist nur noch Hügelland vorhanden, so das Flandrische Hügelland und die Schwelle von Artois.

Im übrigen umfasst das abzutrennende Gebiet den Südwestflügel der Oberrheinischen Tiefebene im Elsass, die Lothringische Hochfläche und das Flachland in Flandern und Artois (Karte 3).

3.) Das nach dieser Grenzföhrung von Frankreich abzutrennende Gebiet umfasst schätzungsweise 59.000 qkm mit 7.100.000 Einwohnern. Es entfallen also ungefähr 120 Einwohner auf 1 qkm. Frankreich verliert ganz:

- a) die bis 1919 deutschen Departements im Elsass und Lothringen (Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle),
- b) die Lothringischen Departements Meurthe et Moselle (Nanzig) und Vosges (Epinal),
- c) das Territorium Belfort,
- d) die burgundischen Departements Doubs und Haute-Saône.

Ferner verliert Frankreich:

- a) fast das ganze Norddepartement mit Düнкirchen, Lille, /30/ Cambrai und Valenciennes,
- b) ungefähr $\frac{3}{4}$ des Departements Pas de Calais mit Calais, Boulogne und Arras,
- c) den Nordteil des Departements Ardennes mit Mézierès, Charleville und Sedan,
- d) einen kleinen Zipfel des Departements Aisne mit Hirson und La Capelle,
- e) den Ostteil des Departements Meuse einschliesslich Verdun, St. Mihiel und Commercy,
- f) den Ostzipfel des Departements Haute Marne mit Langres. (Karte 12)

Von den ungefähr 7.100.000 Einwohnern sind deutschsprachig ungefähr 1.500.000 und zwar fast das ganze Elsass mit Ausnahme kleinerer Teile in den Vogesen (westlich Rappoltsweiler und um Saales-Schirmeck im Breuschthal), ferner Lothringen nördlich der Linie Diedenhofen, Falkenberg, Saarbürg. Im französischen Teil Flanderns wohnen noch ungefähr 180.000 Flamen, so besonders bei Bergues, Cassel und Hazebrouck. Die Zahl der Franzosen und Wallonen in den abzutretenden französischen Gebieten beträgt also ungefähr 5.000.000 Einwohner.

Die einzelnen abzutretenden Gebiete sind sehr verschieden dicht bevölkert. Die höchste Volksdichte ist um Lille und Valenciennes, ferner um Maubeuge, Metz, Briey und Belfort, sowie im gesamten Elsass vorhanden. /31/

Im Departement Nord wohnen 350 Einwohner, im Departement Pas de Calais 205 Einwohner, in Belfort 164 Einwohner auf den qkm. Diese 3 Gebiete liegen erheblich über dem Reichsdurchschnitt. Die beiden elsässischen Departements entsprechen mit 149 bzw. 145 Einwohnern auf den qkm

ungefähr dem Reichsdurchschnitt. Die teilweise industriell hochentwickelten Departements Meurthe et Moselle und Moselle liegen trotz der Industrialisierung mit 109 und 112 Einwohnern auf den qkm bereits erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. In den restlichen Gebieten ist die Volksdichte nur in der Umgebung der Städte dichter, das Land ist im Gebirge (Argonnen, Ardenen, Vogesen und Jura) sehr dünn besiedelt (teilweise unter 30 Einwohnern auf den qkm). Aber auch in den Flusstälern macht sich ein grosser Bevölkerungsschwund bemerkbar, so besonders im Departement Haute-Saône.

4.) Die grössten Städte in dem abzutrennenden Gebiet sind:

Im Norden	Lille	193.000 Einwohner
	Dünkirchen	28.500 Einwohner
	Calais	66.000 Einwohner
	Boulogne	51.000 Einwohner
	Valenciennes	40.000 Einwohner
	Roubaix	105.000 Einwohner
	Tourcoing	77.000 Einwohner
	Douai	38.000 Einwohner
	Arras	28.000 Einwohner
	Cambrai	27.000 Einwohner
	Maubeuge mit Vororten	60.000 Einwohner /32/
Im Maasgebiet sind von grösserer Bedeutung die Städte:		
	Charleville	22.000 Einwohner
	Mézières	11.000 Einwohner
	Verdun	20.000 Einwohner
	Sedan	19.000 Einwohner
Im Moselgebiet sind zu erwähnen die Städte:		
	Remiremont	10.500 Einwohner
	Spinal (Epinal)	28.000 Einwohner
	St. Dié (St. Dié)	20.000 Einwohner
	Toul	13.000 Einwohner
	Nanzig	121.000 Einwohner
	Lunéville	24.000 Einwohner
	Pont à Mousson	11.000 Einwohner
	Metz	83.000 Einwohner
	Diedenhofen	19.000 Einwohner
	Longwy	14.000 Einwohner

PETER SCHÖTTLER

Im Elsass liegen:

Strassburg	193.000 Einwohner
Mülhausen	47.000 Einwohner
Colmar	50.000 Einwohner

Im Süden sind zu erwähnen:

Belfort	46.000 Einwohner
Besançon	65.000 Einwohner
Vesoul	12.000 Einwohner
Langres	8.000 Einwohner

5.) Verkehrswesen.

a) Wasserstrassen.

Ausser den schiffbaren natürlichen Wasserstrassen des Rheins, der Mosel und der Maas sind noch die Schelde, die Sambre und die Lys zu erwähnen, die durch Anlage von /33/ Kanälen teilweise schiffbar sind. Überhaupt zeichnet sich das Land durch ein enges Netz von Binnenwasserstrassen aus. Die schiffbaren Flüsse sind fast alle durch Kanäle miteinander verbunden. Im Norden sind die fächerförmig ausstrahlenden Nebenflüsse der Schelde untereinander sowie mit Calais und Dünkirchen durch Kanäle verbunden.

Zu erwähnen sind besonders:

Rhein-Marnekanal, Rhein-Rhônekanal, Saarkanal, Ardennenkanal, der Kanal von St. Quentin (Somme-Schelde) und der Sambre-Oisekanal (Karte 13).

b) Das Bahnnetz ist ebenfalls sehr eng. Die grossen Bahnlinien sind im Osten die Linien

Lauterburg – (bezw. Weissenburg) – Strassburg – Colmar – Mülhausen – Basel,

Mülhausen – Belfort – Besançon,

Strassburg – Saarburg – Nanzig – Commercy – Bar le Duc – Paris (teilweise viergleisig),

Saarbrücken – Metz – Bar le Duc – Paris,

Nanzig – Metz – Diedenhofen – Trier,

Nanzig – Epinal – Mülhausen,

Saarbrücken – Diedenhofen – Longuyon – Sedan – Paris,

Mézières – Sedan – Verdun – Ragny – Neufchâteau – Malindrey (bei Langres). /34/

Im Norden sind zu nennen die Linien:

Maubeuge – Le Cateau – St. Quentin – Paris,
Valenciennes – Douai – Arras,
Lille – Calais,
Lille – Dünkirchen,
Lille – Lens – Arras – Amiens.

Die Grenzführung ist so vorgesehen, dass alle grossen Bahnlinien an keiner Stelle unterbrochen sind. Ferner ist von Besançon im Süden angefangen Bahnverbindung entlang der Grenze bis in den Norden bei Boulogne vorhanden (Besançon – Vesoul – Langres – Commercy – Verdun – Sedan – Mézières – Hirson – Cambrai – Douai – Béthune – Boulogne) (Karte 14).

c) Der gleiche Gesichtspunkt war bei der Grenzführung auch hinsichtlich der Landstrassen massgebend (Karte 15).

Die grosse route nationale Nr. 39 von Montreuil sur Mer über St. Pol, Arras, Cambrai, Le Cateau, Hirson, Mézières verläuft geschlossen innerhalb des abzutrennenden Gebiets; desgleichen die route nationale Nr. 64 von Mézières – Sedan – Verdun – Commercy – Neufchateau – Luxeuil – Belfort. Hauptstrassenverbindung besteht auch entlang dem südlichen Teil der Grenze von Neufchateau – Langres – Besançon – Schweizer Grenze südlich Pontarlier.

An besonders ausgebauten Strassen sind noch zu erwähnen *im Süden* die Strassen:

Basel – Mülhausen – Colmar – Strassburg – Lauterburg, /35/
Strassburg – Zabern – Lunéville – Nanzig – Vitry le François – Paris,
Luxemburg – Diedenhofen – Metz – Nanzig – Spinal – Vesoul – Besançon,
Basel – Belfort – Vesoul – Langres;

im Norden:

Maubeuge – Valenciennes – Lille – Calais,
Düнкirchen – Calais – Boulogne – Montreuil.

6.) Wirtschaft (Karte 16).

a) Land- und Forstwirtschaft

Das abzutrennende Gebiet umfasst in den Gebirgen wenig ertragreiche Landstriche, die hohen Vogesen, den Jura, die Maashöhen und das Plateau von Langres sind landwirtschaftlich arme Gegenden. Am westlichen Hang der Vogesen und im Jura sind die Viehzucht und die Milchwirtschaft besonders entwickelt. Auffallend ist die starke Abholzung in einzelnen Teilen des Gebietes.

Landwirtschaftlich wertvoll sind das Elsass (bedeutender Wein- und Obstbau), das Moseltal (ebenfalls Wein und Obst, besonders um Metz und Nanzig), das lothringische Stufenland (Roggen und Hafer) und der gesamte Norden (Flandern und Artois). Der Norden ist Teil des Weizen- und Zuckerrübengebiets von Frankreich.

Ausgedehnte Forsten sind besonders im Gebirge vorhanden, so in den Süd-Vogesen und Jura (Nadelwald). Ertragreiche Laubwälder sind im nördlichsten Teil der Vogesen, /36/ auf den Moselhöhen südwestlich von Metz, den Maashöhen und in den Ardennen anzutreffen.

In der Ebene sind grössere Wälder vorhanden: in der Rheinebene (Hagenauer Forst, Bienwald und Hartwald im Oberelsass), in der Woëvre Ebene westlich Metz und bei Maubeuge.

b) Gewerbliche Wirtschaft

Die abzutrennenden Gebiete sind wirtschaftlich die wertvollsten Teile Frankreichs. Hier liegen die grossen Industriezentren.

Die grösste Bedeutung kommt dem Bergbau zu. Eisenerze werden in grossen Mengen in Lothringen gewonnen. Die Lagerstätten beginnen bei Esch und Differdingen in Süd-Luxemburg und ziehen sich über Longwy, den Kreis Diedenhofen-West, Briey bis südwestlich von Metz hin. Um Nanzig sind weitere Lager vorhanden. Die lothringische Minette hat einen Eisengehalt von 25 % bis 30 % und wird vielfach im Tagbau abgebaut. Ursprünglich war sie wegen ihres starken Phosphorgehaltes nicht verhüttungsfähig. Seit der Erfindung des Thomas-Verfahrens hat sich dies geändert. Der Abbau der Erze stieg von Jahr zu Jahr an und betrug vor dem Weltkrieg im deutschen Teil des Abbaubereiches allein 21 Millionen Tonnen jährlich. Heute besitzt Frankreich mehr als die Hälfte der europäischen Eisenerzvorräte in insgesamt 25 Departements. Alle Lagerstätten sind jedoch gegenüber den lothringischen Minette-Gruben von ganz untergeordneter Bedeutung. 94,8 % der /37/ gesamten französischen Eisenerzeugung stammen aus Lothringen.

Das nordfranzösische Steinkohlenbecken mit Vorgelände liegt geschlossen in dem von Frankreich abzutretenden Gebiet. Steinkohle ist im Industriegebiet südlich und südöstlich Lille vorhanden, so besonders um Valenciennes, Douai, Lens und Béthune. Hier im Norden werden allein 61 % der französischen Gesamterzeugung an Kohlen gewonnen. In diesem Kohlenbecken sind alle Sorten von Steinkohlen und Anthrazit vorhanden. Ein weiteres Steinkohlengebiet liegt als Fortsetzung des Saarreviers in Lothringen um Forbach, St. Avold und Bolchen. Hier werden 11 % der französi-

schen Gesamterzeugung gewonnen. Wegen ihres grossen Fettgehaltes werden die lothringischen Kohlen besonders als Gas- und Schmiedekohlen verwendet. Ein weiteres Steinkohlengebiet am Westhang der Vogesen hat nur örtliche Bedeutung.

Kali wird im Oberelsass nördlich von Mülhausen und in geringeren Mengen bei Besançon gewonnen. Erdöllager sind nur im Unterelsass nördlich von Hagenau, im sogenannten Pechelbronner Gebiet, vorhanden. Die Erzeugung fällt im Rahmen der Weltvorräte nicht ins Gewicht. Bedeutende Steinsalzlager befinden sich um Nanzig und Salzburg (Château Salins). Das Salz wird in Bergwerken und teilweise auch in Salzquellen gewonnen. Kochsalzbergwerke sind auch im Jura anzutreffen.

Ein Grossteil der industriellen Erzeugung Frankreichs ist ebenfalls in den abzutrennenden Gebieten beheimatet. /38/ So befindet sich mehr als die Hälfte der französischen Kokereien im nordfranzösischen Industriegebiet. Die Roheisen- und Stahlerzeugung liegt zu 75 % in Lothringen. 10 % der Verhüttung findet in Nordfrankreich statt. Fertigfabrikate aus Metall werden hauptsächlich in den unmittelbaren Rohstoffgebieten, den Departements Meurthe et Moselle und Nord, hergestellt.

Grosse Bedeutung hat noch die Textilindustrie im Elsass, im Departement Vosges und im nordfranzösischen Industriegebiet. Nach dem Krieg von 1870 haben zahlreiche Spinnereien ihren Betrieb von Mülhausen und Umgebung auf die westliche Seite der Vogesen verlegt. Auf diese Weise hat die Textilindustrie in den westlichen Vogesentälern einen grossen Aufschwung genommen. Im nördlichen Industriegebiet ist besonders die Baumwollindustrie und die bedeutende Spitzenindustrie von Valenciennes zu erwähnen.

7.) Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die vorgeschlagene Grenze alle wesentlichen Grundlagen besitzt, die geeignet sind, einer Grenze Dauer zu verleihen. Zugleich ist sie zusammen mit einer zielbewussten Siedlungs- und Volkstumspolitik im Westen geeignet, den tausendjährigen Kampf um den Rhein endgültig zu Gunsten des deutschen Volkes zu entscheiden und damit dem Reiche eine friedliche Entwicklung im Westen zu gewährleisten. Schliesslich und nicht zuletzt ist sie eine Wiedergutmachung des hundertfältigen Unrechtes, das Frankreich Deutschland als Folge /39/ seines unberechtigten Strebens nach dem Rhein in den letzten tausend Jahren zugefügt hat.

[handschriftlich:] Dr. Stuckart 14.6.1940